

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis
Einzelheft 5 Pfennig
Monatlich 1.30 RM.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsstelligen Nummern
über deren Raum 50 Hg.

Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 23. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der Zar verspricht Besserung.

Kleine Gefechte im Westen und Osten.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 22. Januar 1917. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Lens wurde ein schwächerer englischer Angriff im Handgranatenkampf abgelenkt.

Bei Besonvaux und östlich Font-a-Mousson brachten Erkundungsabteilungen von kurzen Vorstößen in die feindliche Stellung mehrere Franzosen und 1 Maschinengewehr zurück.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Westlich Friedrichstadt wurden nachts angreifende russische Jagdkommandos abgewiesen.

Front des Generalsoberst Erzherzog Joseph. In den Ostkarpaten kam es an mehreren Stellen zu Vorkämpfen, die für uns günstig verliefen.

Nördlich des Dniepr war die beiderseitige Artillerietätigkeit zeitweise lebhaft.

Seereschutzgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Westlich Tancu griff eine feindliche Kompagnie unsere Sicherungen an der Putna an. Sie wurde zurückgeschlagen.

Mazedonische Front.

Außer vereinzelten Erkundungsvorstößen sind keine besonderen Ereignisse zu melden.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 22. Januar, abends.

An keiner Front größere Kampfhandlungen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 22. Januar 1917. (W. Z. S.) Amtlich wird bekanntbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Im Dobruja-Gebirge wurden feindliche Aufklärungstruppen abgewiesen. Westlich von Ruclica in Wolhynien stießen Abteilungen des Brünner Infanterie-Regiments Nr. 8 überraschend in die russischen Gräben vor und brachten einen gefangenen Offizier, 109 Mann, ein Maschinengewehr und einen Minenwerfer ein. Gut geleitetes Geschützfeuer fügte dem Gegner starke blutige Verluste zu.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Südlich des Dardanelles bereiteten unsere Truppen vorzugehen einen feindlichen Vorstoß.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Hueber, Feldmarschallleutnant.

Renaudel in Schwierigkeiten.

Spaltung der Kammerfraktion?

Die Ablehnung des deutschen Friedensangebots, vor allem aber die Entente-Note an Wilson mit ihren ungeheuerlichen Eroberungsforderungen haben bewirkt, daß die sozialistische Mehrheit, die sich hinter die Eroberungspläne der französischen Regierung und ihrer Verbündeten stellt, ernstlich zum Wanken gebracht worden ist, und die französische Minderheit, deren Standpunkt etwa dem der deutschen Mehrheit parallel läuft, daran ist, die Oberhand zu gewinnen.

Paris, 21. Januar. Dépêche de Lyon meldet: Nach Aufhebung der Sitzung der französischen Kammer trat am Freitag die sozialistische Kammergruppe zu einer Beratung zusammen. Bei Besprechung der gegen den Willen der Sozialisten erfolgten Interpellation Pressimane über die Antwort an Wilson, kam es zu so heftigen Auftritten, daß Renaudel, der zur Mehrheit gehört, mit 30 Anhängern die Versammlung verließ und in einem anderen Saale weiterberiet, während Pressimane mit 37 (muy wohl heißen 57?) Freunden zurückblieb.

Paris, 22. Januar. Zu der Abstimmung über die Interpellation Pressimane am Freitag stellt „Kappel“ fest, daß aus der bisherigen Mehrheit der Sozialistenpartei die Minderheit geworden sei, da von 100 Sozialisten 57 gegen die Regierung für die Interpellation gestimmt hätten.

Die Meinung der Internationale.

Aus Amsterdam schreibt man und: Werden die Vertreter der sozialistischen Internationale in naher Zeit wieder gemeinsam beraten? Das hängt von verschiedenen Umständen ab, unter denen die Bereitwilligkeit der Regierungen in bezug auf die Gewährung von Pässen sicher von Wichtigkeit ist. Was aber für das sozialistische Proletariat in erster Reihe steht, ist die Bereitwilligkeit der sozialistischen Parteien selbst, an einer Vollversammlung des Internationalen Bureau - die amerikanische Partei schlägt einen Kongress vor - teilzunehmen. Es ist darum von großem Interesse, zu untersuchen, wie sich die Parteien der verschiedenen Länder - der kriegführenden wie der neutralen - zu dieser Frage stellen. Die „Sozialistische Welt“ vom 20. Januar gibt darüber eine Zusammenfassung, die wir mit einem Zusatz - der Beifügung der Kriegsschauplätze, der das betreffende Land angeht - wiedergeben.

Für die Versammlung der Internationale.

Dagegen die Versammlung.

A. Die Neutralen.

- Holland
Schweiz
Spanien
Dänemark
Schweden
Norwegen
Vereinigten Staaten
Argentinien
Neuguan

B. Die Kriegführenden.

- Deutschland
Österreich und Tschechen
Ungarn
Bulgarien
Folien
Finnland
Russland
Italien
Portugal
Serbien
Rumänien
Kanada
Australien
Neuseeland
Südafrika

- Frankreich
(will eine Versammlung, sobald Deutschland seine Kriegsziele bekannntgegeben haben wird)
England
(unterstützt den französischen Vorschlag)
Belgien
(eine Anzahl Genossen will, daß das Land zuvor befreit sei)

Rechnet man diese Angaben zusammen, so ergibt sich: Die sozialistischen Neutralen sind sämtlich für die sofortige Einberufung einer internationalen Sitzung.

Von den Kriegführenden sind die Parteien der Neutralmächte sämtlich dafür. Von den sozialistischen Parteien der Entente-Länder sind drei dagegen, neun dafür. Hierbei haben wir Finnland nicht mitgerechnet, da die Finnen nicht eigentlich am Krieg teilnehmen. Und auch Polen nicht, weil sein Gebiet teils Staaten der einen, teils der anderen Seite gehört hat.

Zu übersehen ist auch nicht, daß der abweisende Beschluß in Paris nur mit einer - dazu erkünstelten - Mehrheit von 1537 gegen 1407 Stimmen gefaßt worden ist.

Die vorstehende Tabelle ist übrigens eine häßliche Illustration der bekannten Behauptung, daß sich die Internationale in diesem Krieg nur als eine Schutztruppe der Entente-Regierungen erweisen habe. In den Ententeländern sagt man's freilich wieder ganz anders. Die Wahrheit ist, daß die Internationale sich selbst und der Welt immer klarer zum Bewußtsein bringt, daß sie - die Internationale ist.

Der in diesem Bericht unserer Amsterdamer Mitarbeiter erwähnte von Renaudel, Sembat und Guédebe formulierte Beschluß des französischen Weltkongresses lautet wörtlich:

Der Kongress hält fest an seinen früheren Entschlüssen über die internationalen Beziehungen, die auch diejenigen mit dem Internationalen Sozialistischen Bureau (I. S. B.) einschließen, aber auch an den Bedingungen, die zur Einberufung einer allgemeinen Versammlung der Internationale nötig sind. Er erklärt, daß er diese Frage nicht erwägen wird, bis die deutsche Sozialdemokratie dem I. S. B. die genannten Resolutionen ihres nationalen Kongresses (Parteitages) mitgeteilt haben wird, die ihre Haltung bekräftigen, welche sie einzunehmen gedenkt angesichts der Ablehnung der Mittelmächte, ihre Angebote über die Friedensverhandlungen klar zu definieren.

Der Kongress beauftragt die Delegierten zur kommenden Konferenz der alliierten Sozialisten, im Sinne der von ihm angenommenen Resolution über den Krieg zu handeln.

Der Kongress übermittelte dem permanenten Verwaltungsausschuß den Vorschlag des Vorstandes des I. S. B. über die Einberufung eines Hilfskongresses für die belgischen Arbeiter, die von der deutschen Regierung in Belgien gemacht wurden. Der C. A. F. wird in eine ernste Aktion eintreten, um den belgischen Arbeitern beizustehen, ohne daß diese Aktion so ausgelegt werden könnte, als ob er in indirekte internationale Beziehungen eingetreten sei. Um diesen Zweck zu erreichen, wird der C. A. F. zu Vandalen und zu den englischen Genossen in Beziehungen treten.

Der abgelehnte von Longuet artikulierte Antrag der Minderheit lautet: Der Kongress erklärt sich für die vollständige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und verlangt die sofortige Einberufung des I. S. B.

Ein Zarenenerlaß an Golikow.

Der Zar hat einen Erlaß an den Ministerpräsidenten Fürst Golikow gerichtet, in dem es heißt, er halte es für angezeigt, ihn „auf die nächstliegenden Fragen aufmerksam zu machen, deren Lösung die Hauptaufgabe der Regierung zu sein hat“. Das Wesentliche dieses Erlasses besteht in dem, was er von der Sorge der Regierung ausschaltet und übergeht. Der Dumoblod schreibt nach Verfassungsbrechen und eben davon ist mit keinem Wort die Rede. Einzig von den Kriegspflichten wird gesprochen. Alles andere soll hinter diesen gewissermaßen als nebensächlich verschwinden. Der Erlaß lautet:

Zur gegenwärtigen Augenblick der Wende des großen Krieges richten sich alle Gedanken sämtlicher Russen ohne Unterschied der Nationalitäten und Klassen auf die tapfere und glorreiche Verteidigung des Vaterlandes, und erwarten, in einer gewissen Spannung, die entscheidende Begegnung mit dem Feinde. In vollkommener Uebereinstimmung mit unseren treuen Verbündeten lassen sie den Gedanken an einen Friedensschluß vor dem endgültigen Siege nicht zu. Ich glaube fest, daß das mit Selbsterleugnung die Last des Krieges ertragende russische Volk bis zum Schluß seine Pflicht erfüllen wird, ohne vor irgendeinem Opfer Halt zu machen.

Uebdenn weist der Erlaß auf die natürlichen Hilfsquellen Russlands hin, die unerschöpflich seien und die Gefahr einer Erschöpfung des Landes ausschließen, die offensichtlich bei den Gegnern auftritt. Um so bedenklicher sei die Regelung der „unter den gegenwärtigen Bedingungen so wichtigen und verwinkelten Fragen der Lebensmittelversorgung“. Diese Fragen, die in der Duma bis zuletzt heftige Stürme gegen die Regierung aufrollen ließen, werden dem Ministerpräsidenten mit äußerster Betonung ans Herz gelegt.

Die getroffenen Maßnahmen sollen „auf breiter Grundlage“ verwirklicht und sollen fortdauernd werden, und als andere Frage, der „vorherrschende Bedeutung“ beigemessen wird, wird die „weitere Verbesserung der Beförderung sowohl durch die Eisenbahn wie auf den Wasserläufen“ genannt. „Entscheidende Maßnahmen“ sollen ausgearbeitet werden. Die „rechtzeitige“ Versorgung von „Armeen und Hinterland“ und das „Auseinanderarbeiten aller Amtszweige“ wird befohlen. Da das Beforderte einen Schluß zuläßt auf das zurzeit noch nicht Vorhandene, wird der Erlaß eine Art Zeugnis für den Wirrwarr und die Not, von denen Rußland trotz der Unerschöpflichkeit seiner natürlichen Hilfsquellen heimgesucht ist. Viele Hilfsquellen tun es in großen Staaten heutzutage niemals allein. Am allerwenigsten in Kriegzeiten.

Zuletzt schlägt der Erlaß einen Ton an, den man nach den jüngsten Vorgängen im Zarenreich behörden und bewerten muß:

Indem ich diese nächstliegenden Fragen für die bevorstehende Arbeit hervorhebe, glaube ich gern, daß die Tätigkeit des Ministerates unter Ihrem Vorsteh die Unterstützung des Reichrates und der Reichsduma finden wird, die in dem einmütigen und brennenden Wunsche geeint sind, den Krieg bis zum siegreichen Ende zu führen. Ich halte es für die Pflicht aller Personen im Staatsdienst, den aufgebenden Körperschaften mit Wohlwollen, Geduld und Würde entgegenzutreten. Bei der bevorstehenden Organisation des wirtschaftlichen Lebens des Landes wird die Regierung die unerlässliche Unterstützung der Semstwo finden, die durch ihre Arbeit in Friedens- und Kriegzeiten bewiesen haben, daß sie eifrigst und die erleuchteten Ueberlieferungen meines Großvaters unvergänglichen Angedenkens, des Kaisers Alexander II., bewahren.

Wie kritisch muß die Stunde für den Zorismus sein, daß er sich zu solchem Werben um das Wohlwollen der volkvertretenden Körperschaften bereit findet! Die letzten ungeheuerlichen Verleumdungen der Duma, die Vergewaltigungen von Semstwooberversammlungen liegen nur wenige Wochen zurück, nun folgt der Feitsche, die Trepow kaufen ließ, das Zudenbrot des Zarenenerlasses, das belästigen soll!

Durch diese Sätze, die das System Trepow bloßstellen, wird der Erlaß zu einem beachtenswerten Akt in den inneren Kämpfen Rußlands, aber an der Seite gemessen, zu der diese Kämpfe angelodert sind, erscheint das Zugeständnis, das der Erlaß den Dumaver tretern macht, überaus winzig und unzulänglich. Mit bloßen äußeren Formen, guten Mienen, Offenheit und Anstand allein werden die Sachwalter der zaristischen Regierung - so sollte man nach den letzten Vorgängen meinen - kaum zum Ziele gelangen. Doch das bleibt bei der Rolle, die bisher in den russischen Krisen die Kadettenpartei gespielt hat, abzuwarten.

Die Linke wird es an einer schleimigen Probe auf das, was unter der proklamirten Dreifheit „Wohlwollen, Geduld

heit und Würde" zu verstehen ist, nicht fehlen lassen können. Zumal die Sozialdemokratie wird sich zweifellos sofort melden. Ihre Forderung, den im ersten Kriegsjahr verurteilten und nach Sibirien verschickten sozialdemokratischen Duma-Mitgliedern Freiheit und Rechte zurückzugeben, ist zu mehreren Malen vergeblich erhoben worden. Jetzt könnte sie zur wichtigsten Probe auf den Sinn der letzten Sätze des Parerlasses werden.

Kämpfe England für Belgien?

1887—1914.

Die Mitteilung der deutschen Regierung vom 18. Januar, daß England im Jahre 1887 entschlossen gewesen sei, sich der Forderung eines Vorgehens durch Belgien unter gewissen Voraussetzungen nicht zu widersetzen, ist in London als „vollständig unbegründet kategorisch dementiert" worden. Das gibt der „Nordd. Allg. Zeitung" Anlaß zu einer Darstellung der Vorgänge von 1887, der wir folgendes entnehmen:

Damals war der Boulangerismus in Frankreich auf dem Höhepunkt, und die Möglichkeit eines deutsch-französischen Krieges war nahegerückt. Ein Sieg Frankreichs lag aber nach der Auffassung des konservativen Kabinetts Salisbury nicht in Englands Interesse. In dieser Situation erschien ihm im „Standard", dem Sprachrohr Salisburys, am 4. Februar 1887 ein „Diplomaticus" unterzeichneter Artikel, der jetzt von der „Nordd. Allg. Ztg." in Uebersetzung wiedergegeben wird.

In diesem Artikel wird ausgeführt: Ein direkter deutscher Vorstoß über die neubefestigte deutsch-französische Grenze wäre ein gefährliches Wagnis. Daß Bismarck infolgedessen den Weg über Belgien nehmen werde, sei wahrscheinlich. Nun sei die Neutralität Belgiens durch Garantien gesichert und England sei einer der Garantien. Deswegen aber eine Verpflichtung zum Schutze Belgiens zu übernehmen, wäre nach „Diplomaticus" sehr unklug. Dann heißt es wörtlich weiter:

Wie sehr auch England einen Einfall in belgisches Gebiet durch eine der kämpfenden Parteien bedauern möge, so könnte es doch nicht Frankreichs Partei gegen Deutschland ergreifen (selbst wenn Deutschland verhalten sollte, die französische Flanke durch einen Einbruch seiner Armeen durch die belgischen Ardennen zu umgehen), ohne dabei die Hauptziele der britischen Weltpolitik ernstlich zu gefährden oder preiszugeben.

Aber, wird man fragen, ist nicht England durch seine Unterschrift gebunden, und muß es nicht seinen öffentlichen Verpflichtungen treu bleiben? Meine Antwort ist, daß Englands auswärtiger Minister imstande sein möchte, diesem Einwand Rechnung zu tragen, ohne daß England in einen Krieg verwickelt wird. Die zeitweise Benutzung eines Vorgehens ist etwas anderes als eine dauernde, unrichtmässige Besitzergreifung eines Gebietes; und sicherlich würde England leicht dem Fürsten Bismarck umfassende und angemessene Garantien dafür erhalten können, daß nach Beendigung des Konfliktes das belgische Gebiet unversehrt wie vorher bleiben würde.

Die Auffassung von „Diplomaticus" unterstützte dann der damals offiziöse „Standard" mit einem Leitartikel, in dem es hieß:

Wir glauben, daß „Diplomaticus" das englische Volk richtig versteht, wenn er andeutet, daß das (die Intervention) weder den englischen Wünschen noch den englischen Interessen entsprechen würde.

In demselben Sinne äusserte sich zugleich der bekannte Publizist Stead in der „Pall Mall Gazette" und Sir Charles Dike, der schrieb:

Frankreich und England würden es heute für einen Wahnsinn halten, die Integrität Schwedens gegen Rußland zu wahren, und ähnlich denkt England ganz offenbar jetzt bezüglich Belgiens.

Die „Nordd. Allg. Ztg." zieht daraus den Schluß, daß Garantieverträge für die Staatsmänner Englands nur dann verbindlich, wenn sie den englischen Interessen entsprechen. Sie beruft sich dabei auf Grey, der in seiner Rede vom 1. August auch nur von den gegenwärtigen englischen Interessen an Belgien gesprochen hätte, nicht aber von der Einlösung übernommener Vertragsverbindungen. Das deutsche Regierungsblatt schildert am Schluß den Vertrag von 1914 wie folgt:

So hätte folgerichtig auch im Jahre 1914 eine objektive englische Staatskunst sich darüber klar sein müssen, daß in einem Deutschland von einer übermächtigen europäischen Koalition aufgezwungenen Existenzkampf sich für dieses die Notwendigkeit der Forderung des Vorgehens durch Belgien ergeben müßte, um einem Einbruch seiner Gegner in das westliche Industriegebiet abzuwehren, in das Herz Deutschlands auszubringen, der mit einem Schloß das Deutsche Reich in Stücke geschlagen hätte, während gleichzeitig die russischen Millionenheere sich über Dünkirchen und Schlesien auf Berlin wälzten! Es trat nun wirklich der Fall ein, daß Deutschland für die Benutzung des belgischen Vorgehens die schon von Salisbury geforderten „Garantien" gab, dahin gehend, daß sie keinerlei dauernde Verpflichtung zur Unterstützung Belgiens nach sich ziehen sollte. Doch dem unterdessen nach englischer Ansicht allzu sehr erstickten Deutschland von 1914 gegenüber hat das England von 1914 eine andere Antwort gefunden als das von 1887.

Mit zwingender Notwendigkeit ergab sich hieraus für Deutschland die Forderung: Ein Zustand, der es England ermöglicht, nach Belieben die Neutralität Belgiens anzuerkennen und zu schützen, oder aber zu verweigern und preiszugeben, ist unhaltbar. Deutschland muß dagegen gesichert werden, daß Belgien nicht wie bisher ein Einfallstor bleibt, das der englische Spionismus je nach Bedarf nach Osten oder Westen öffnen oder schließen kann.

Die Ausführungen der „Nordd. Allg. Ztg." beweisen klar, daß England — wie übrigens jeder andere Staat auch — nicht für die Heiligkeit der Verträge, sondern für seine Interessen kämpft. Rinder klar ist die Schlußfolgerung, die aus diesem Sachverhalt gezogen wird. Belgien soll kein Einfallstor weder nach Osten noch gegen Westen sein! Wie macht man das? Doch nur so, daß man eine nach allen Seiten gesicherte Neutralität Belgiens schafft! Doch nur so, daß ein neuer Geist internationalen Rechts geschlossene Verträge als etwas unbedingt Verbindliches betrachtet, das kein wirkliches oder vermeintliches Staatsinteresse zerreißen kann!

Japans Entente-Hilfe.

Austerdam, 21. Januar. Der Londoner Korrespondent des japanischen Blattes „Mainichi", R. Kato, hat vor der Central Asian Society einen Vortrag über den Anteil Japans am Kriege gehalten.

Japan, sagte Kato, habe bewiesen, daß es in der Zeit der Not ein treuer Bundesgenosse sei. Bereits drei Wochen nach der Kriegserklärung Englands an Deutschland sei auch Japan in den Krieg eingetreten. Durch die Belagerung der militärischen und maritimen Basis Deutschlands in China durch japanische Truppen sei der An-

teil der japanischen Armeen im Kriege erfolgreich beendet worden. Bei seinem letzten Besuch an der französischen Front hätten verschiedene Franzosen ihn befragt, weshalb Japan keine Truppen nach Europa sende. Er habe erwidert, daß Japan es nicht für nötig halte, das zu tun, weil es überlegen ist, daß die Alliierten siegen. Sollte es aber für ratsam gehalten werden, daß Japan Hilfe sende, dann würde es nicht zögern, dies zu tun. Auf dem Gebiete der Munitionsfabrikation und anderem Kriegsmaterial — hauptsächlich für die russische Armee — hätte Japan seine sämtlichen industriellen Hilfsquellen mobilisiert. Abgegeben von den Regierungsbürokraten seien tausende Privatfabriken Tag und Nacht mit der Fabrication von Kriegsmaterial beschäftigt. Auf finanziellem Gebiete habe Japan seinen Anteil beigetragen, indem es englische, französische und russische Offiziere aufkaufte; indem es in Tokio eine englische Anleihe von 120 Millionen Gulden unterbrachte und endlich, indem es den größten Teil seiner Goldreserve bei der Bank von England deponierte.

Die Rede läßt erkennen, daß die Versuche der Entente, Japan zu Truppenentwendungen nach den europäischen Kriegsschauplätzen zu veranlassen, immer noch fortgesetzt werden.

Sie bewilligen gnädigst Ausschub.

Athen, 21. Januar. Die militärischen Vertreter der Entente setzten den griechischen Generalstab davon in Kenntnis, daß für den Transport aller Kanonen und Maschinengewehre des griechischen Heeres nach dem Peloponnes ein vierzehntägiger Urlaub bewilligt sei, der am 20. Januar beginnen solle.

Nicht ernst zu nehmen.

Ein bulgarischer Minister über die Ententenote.

Sofia, 22. Januar. Dneonik veröffentlicht eine Urterredung mit Minister Pischew, in der dieser sagte: Nachdem die Entente die Note des Bundes und die Note Wilsons mit Däherlichkeiten beantwortet hat, die nicht ernst genommen werden können, scheint mir die Bekanntgabe weiterer Vorschläge unsererseits gegenstandslos. Denn, wollten wir im Sinne der Entente antworten, so müßten wir beispielsweise die Befreiung Indiens fordern. Die Friedensfrage wird trotzdem allgemein weiter erörtert werden, bis sie sich schließlich durchsetzt. Was dahin werden unsere und unserer Verbündeten Truppen fortfahren, den Gegnern empfindliche Niederlagen beizubringen und in derselben herrlichen Weise das Vaterland zu verteidigen.

Italienischer „Sieg" mit Rückzug in Tripolis.

Rom, 21. Januar. (Stefani.) Das Kolonialministerium teilt mit: Die zur Verfolgung des am 16. Januar geschlagenen Feindes entsandte Kolonne des Generals Latini erreichte ihn am 17. bei Agliè, wo er sich zu erbittertem Widerstand vorbereitet hatte. Trotz heftigen Sandsturmes, der den Kampf sehr schwierig machte, entwickelte sich zwischen mittag und drei Uhr nachmittags ein Gefecht. Der Feind wurde vollständig in die Flucht geschlagen und zog sich nach Osten und Süden zurück. General Latini hatte damit das ihm vom Gouverneur von Tripolitanien befohlene Ziel erreicht, die Juara bedrohenden Rebellen zu schlagen. Er leherte, nachdem er ihnen schwere Verluste beigebracht hatte, mit seinen Truppen nach Juara zurück. Die letzten Nachrichten besagen, die Rebellen hätten am 16. Januar hundertundfünfzig Tote und tausend Verwundete, am 17. Januar hundertzwanzig Tote und etwa dreihundert Verwundete gehabt. Unsere Verluste sind leicht. (Und warum kehrt man wieder um?)

Der Krieg auf den Meeren. Zwei „Möwen" unterwegs.

Saag, 28. Januar. (Zell. Ztg.) Wie der „Progrès de Lyon" aus Rio de Janeiro meldet, ist das von dem deutschen Kaperschiff erbeutete Dampfschiff „Theodore" mit einer Mannschaft und mit Waffen ausgehollt worden, so daß jetzt zwei Kaperschiffe unterwegs sind.

Berents. Zwoer Blätter melden aus Madrid: Der norwegische Dampfer „Gaea" (1002 Tonnen) wurde verrent, die Belagerung gerettet. Der Dreimaster „Louis Joseph" (197 Tonnen) aus Dampfer wurde gleichfalls verrent und die Belagerung gerettet. „Lemps" zufolge wurde der spanische Dampfer „Galle" (3005 Tonnen) verrent. — „Hogds" meldet: Der norwegische Dampfer „Siberianca" (4428 Gr.-Tonnen) soll verrent worden sein. — Der verrentete spanische Dampfer „Ranuel" war wie das „Verti Journal" aus Bilbao meldet, mit Eisenzeug nach England unterwegs. — Der dänische Dampfer „Alampenberg" (1788 T.) ist nach einem Telegramm des Kapitans an die Rederei am Sonnabend von einem deutschen U-Boot verrent worden, die Belagerung ist an der französischen Küste gelandet. — Der japanische Dampfer „Kisogata maru" (3588 Tonnen) ist verrent worden. — Der englische Dampfer „Baron Sempill" (1607 T.) ist wahrscheinlich verrent worden.

Die Sitzung des Beirats des Kriegs-Ernährungsamtes.

Durch eine Kommission des Beirats beim Kriegs-Ernährungsamt ist ein Bericht über die Sitzung des Beirats am 19. und 20. Januar 1917 zusammengestellt und zur Veröffentlichung übergeben worden, dem wir folgendes entnehmen:

Der Präsident des Kriegs-Ernährungsamtes gab zunächst einen Ueberblick über die Gesamtlage unserer Volksernährung. Er betonte, daß eine grundsätzliche Veränderung des Systems im neuen Wirtschaftsjahr nicht eintreten solle.

Die Versorgungsschwierigkeiten dieses Jahres hat ihren Grund in der schlechten Kartoffelernte. Auch die Transportverhältnisse haben sehr ungünstig eingewirkt. Die Schätzungen über die Getreideernte gehen so weit auseinander, daß am 18. Februar 1917 eine neue Bestandesaufnahme nötig wird. Die Kartoffelbarrate werden sich genau erst feststellen lassen, wenn die Mieten geöffnet sind und das Sozialie ausgelesen ist. Trotz der günstigen Körnerernte stehen wir infolge der Kartoffelmisere bezüglich der gesamten verfügbaren Nährwerte an Getreide und Kartoffeln schlechter als im Vorjahre. Ein Ausgleich ist nur durch immer sorgfältigere und gerechtere Verteilung der verfügbaren Gesamtmenge und durch Einschränkungen des Gesamtverbrauchs zu erreichen. Wir müssen auch damit rechnen, daß die Einfuhr aus den neutralen Staaten wesentlich zurückgegangen ist und daß man auf sie in keiner Weise einen Wirtschaftsplau gründen darf. Die in Rumänien vorgefundenen Vorräte sind recht erheblich. Schwierigkeiten bietet jedoch die Transportfrage. — Erhöht wird die Arbeit der Behörden durch die Wiberstände, die ein großer Teil der Bevölkerung den Anordnungen entgegenbringt. Es gilt nicht als unehrenhaft und vaterlandsschädigend, sondern als zulässig, wenn Leute, die dazu in der Lage sind, sich zu Phantasiepreisen Waren verschaffen, die ihnen nicht zustehen. Das steigert die Preise und erschwert die Möglichkeit, diese Waren in die öffentliche Hand zu bekommen. Die

unberücksichtigte Antwort unserer Feinde

auf unser Friedensangebot erklärt sich durch ihre Hoffnung, daß wir in diesem Frühjahr oder Sommer wirtschaftlich zusammenbrechen werden. Im vorigen Jahre wurde auf Feindes Seite den kämpfenden Soldaten zur Behebung ihres Mutes dieselbe Vorgerebet. Unsere Gegner haben sich damals getuschelt, sie werden sich auch dieses Mal täuschen.

Es folgte ein Bericht des vertretenden Leiters der Reichskartoffelstelle über den Stand der Kartoffelversorgung. Daß es nicht gelungen ist, einen genügenden Wintervorrat in den Städten zu schaffen, ist auf Transportverhältnisse zurückzuführen. Während der Zeit scharfen Frostes darf an eine Einfuhr nicht gedacht werden. Es sind alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, daß bei Eintritt weichen Wetters die Lieferung sofort wieder einsetzt. — Eingehend wurde über die Maßnahmen zur Versorgung mit Kohlen berichtet. — Ein Ueberblick über die Zuderversorgung wurde von dem Leiter der Reichszuckerstelle gegeben. — Bei der Besprechung der bisherigen Verhältnisse ging man zunächst auf die Frage der

Kartoffelversorgung

ein. Es wurde dabei hervorgehoben, daß die meisten Städte nur geringe Vorräte haben, so daß während des Frostes erhebliche Schwierigkeiten nicht ausbleiben können. — Vonseiten des Kriegs-Ernährungsamtes wurde dazu erklärt, daß den Städten mit einer Kartoffelnot durch eine Erhöhung der Rationierung geholfen werden soll. — Von einem Vertreter der Landwirtschaft wurde ein Vorschlag zur Behebung der Kartoffelnot gemacht. Es sei unverantwortlich, die Mieten jetzt zu öffnen, da auf jeden gewöhnlichen Feinener 10 erfrühen. Man könne nur auf die Reservvorräte zurückgreifen. Bei der erhöhten Arbeitsleistung durch das Ankommen der Keimen Vorräte, die Transportverhältnisse und die jetzige Kälte bedingte schnelle Verladung sei es zu empfehlen, während der Frostperiode einen Zuschlag von 80 Pf. für den Transport zu gewähren. —

Der Vertreter des Kriegs-Ernährungsamtes gab einige Erklärungen über die Kriegswirtschaftsämter ab, die zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion durch Bereitstellung der erforderlichen Arbeitskräfte und Betriebsmittel bestimmt sind.

Zur

Fleischbewirtschaftung

gab der Leiter der Reichsfleischstelle einen Ueberblick über die Abnahme des Viehbestandes durch die Abschaltungen in der ersten Kriegsjahre. Die zuerst verordnete Rationierung auf die Hälfte des Friedensfleischverbrauches erwies sich leider als nicht ausreichend. Die Fleischmenge mußte weiter zurückgeführt werden. Die Folge dieser Sparmaßnahme war bald in unserer Viehstatistik sichtbar. Sie zeigt an sich eine erfreuliche Bülage. Allerdings beträgt sich diese Bülage im wesentlichen auf das Jungvieh, während der Aufbestand die alte Höhe noch nicht wieder erreicht hat. Wir müssen auch weiterhin sparsam im Fleischverbrauch sein.

Ueber die Versorgung mit Fischen wurde vom Reichskommissar für Fische ausgeführt, an der ganzen Küste seien etwa 20 Gesellschaften gebildet, welche den Fang und die Einfuhr ziemlich restlos erfassen. Die Herstellung der Fischkonserven werde jetzt so geregelt, daß die Fabriken nicht mehr auf eigene Rechnung arbeiten, sondern nur im Lohn für die erwähnten Gesellschaften beschäftigt werden.

Gegenstand eines weiteren Berichtes war die Bewirtschaftung von

Milch und Fett.

Der Leiter der Reichsstelle für Speisefette führte aus: Seit dem Verbot der Verfüttung der Kartoffeln besteht das Futter in der Hauptsache aus Heu und Stroh. Dieses Futter allein genügt nicht, um Milch zu erzeugen. Leider ist eine Steigerung des Milchertages im Winter nicht zu erwarten. Es ist versucht worden, einen Schlüssel aufzustellen, um das Futter nach Maßgabe der Milchlieferung zu verteilen. Die Futtermengen sind aber gering, daß die Ermannungen nicht erfüllt werden.

Von hädtlicher Seite wurde herbegehört, hauptsächlich in Bezug auf Milch müßte die Zufuhr nach der Stadt größer werden. Die Milchversorgung der Städte sei so eingeschränkt, daß in einem Teil der Städte tatsächlich nur die Vollmilch-Verorgungsberechtigten überhaupt Milch bekommen, während die ganze übrige Bevölkerung Milch in keiner Form erhalte. In Bayern habe man — allerdings nach monatelanger Arbeit — eine befriedigende Organisation der südlichen Milchversorgung durchgeführt. Das müsse auch an anderer Stelle gehen. Zunächst sei eine Zusammenfassung der Produzenten auf dem Lande nötig.

Von Verbraucherseite wurde der ungenüchertliche Unterschied im Preise von Milch und Butter dafür verantwortlich gemacht, daß nicht mehr Milch in die Großstädte komme. — Ein Vertreter großstädtischer Interessen kam dann auf die Frage der Hauschlachtungen zu sprechen und meinte, daß der Betrag der Selbstversorger doch ein ganz erheblicher sei. Da müßte das Kriegs-Ernährungsamt einen Ausgleich finden. Was die Milch-anbelange, so sei der Rückgang in der Anlieferung an die Städte ganz enorm. Dazugleich beispielsweise, das im Frieden 75—80 000 Liter von außerhalb bekommen habe, erhalte jetzt statt der ihm zugesprochenen 26 000 Liter tatsächlich nur 22 000 Liter. Die Milch-erzeugung auf dem Lande könne nicht in dem gleichen Maße zurückgegangen sein, wie die Milchlieferung in den Städten.

Vom Kriegs-Ernährungsamt wurde zugewandt, daß die Anrechnung der den Hauschlachtungen ziemlich vorteilhaft sei, aber es handele sich hier um eine bewährte Einrichtung, die aufrecht erhalten werden müsse.

Aus ländlichen Kreisen wurde der Rückgang der Milch-anlieferung damit erklärt, daß auf dem Lande jetzt mehr Milch verbraucht werde als früher, da das amerikanische Schweinefleisch fehle. Die Milchlieferung könne noch gefördert werden, jedoch nicht mit Zwangsmassregeln, die den Bauern nur verärgern und die Produktion schädigen. Vom Kriegs-Ernährungsamt wurde erklärt, daß die Befestigung einheitlicher Milchpreise, die gewünscht werde, in Vorbereitung sei.

Zur Bewirtschaftung des

Brutgetreides

wurde vom Kriegs-Ernährungsamt erklärt, daß infolge der Kartoffelmisere die Futtererzeugung bereits sehr eingeschränkt werden mußte. Zur Brotstreckung sei für die Monate Januar und Februar Getreide mehr in Aussicht genommen, für die anderen Monate Brotgetreidebeschränkt. Auf diese Weise werden wir unter allen Umständen mit unseren Brotgetreidevorräten bis zur neuen Ernte reichen.

Der Leiter der Reichsstelle für Nährmittel und Eier gab die Auskunft, daß vom Februar ab eine größere Menge von Nährmitteln regelmäßig ausgeteilt werden solle. Bei der Versorgung mit Eiern sei zu bedenken, daß im Frieden die Hälfte unseres Bedarfs durch Einfuhr gedeckt wurde. Bei der Besprechung der Verträge verlangte ein Mitglied vermehrte Zuweisung von Getreide für Nährmittel, desgleichen für vermehrte Herstellung von Suppenwürfeln.

Ueber die

Lieferungsverträge

erstattete der Präsident des Kriegs-Ernährungsamtes einen kurzen einleitenden Bericht. Er hob hervor, daß bislang das Mißverhältnis vorgeherrsch habe, daß ein vollkommener Systemwechsel eintreten solle, indem die bisher in voller öffentlicher Bewirtschaftung stehenden Waren in Zukunft durch das System der Lieferungsverträge aufgebraucht werden sollen. Inzwischen sei festgestellt, daß diese Absicht nicht bestehe, daß vielmehr nur solche Nahrungsmittel, welche ihrer Natur nach nicht zur öffentlichen Bewirtschaftung geeignet seien, durch Lieferungsverträge schon beim Erzeuger erkauf werden sollen. In erster Linie ist hierbei an Gemüse und Obst gedacht. Die Kartoffeln sollten zwar von der Reichskartoffelstelle bewirtschaftet

werden. Aber trotzdem sei es beängstigend erwünscht, daß solche Gemeinden, die es konnten und wollten, sich in ihrer Nachbarschaft durch Lieferungsverträge, wenigstens für die erste Zeit, wo die Ware besonders veränderlich sei, einen Teil ihres Fleischbedarfes sichern.

Im Anschluß an die Ausführungen des Präsidenten schilderte Regierungsrat Risch aus Reu-Willm das dort bestehende System der Lieferungsverträge, das er zur Nachahmung empfahl.

Der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst legte dar, in welcher Weise der Ausbau der Lieferungsverträge für Gemüse gebacht sei.

In der darauf folgenden längeren Besprechung wurde von allen Seiten bestätigt, daß ein Systemwechsel nicht in Frage komme.

Massenpeisung

Wurde vom Kriegsernährungsamt berichtet, daß die natürliche Entwicklung der Volkswirtschaft, Massenpeisungen usw. den Weg zur Jantakalische genommen habe, was zweifellos gut zu heißen sei. Der Befürworter der Zwangsmaßnahmen kann das Kriegsernährungsamt grundsätzlich nicht beitreten. Das Richtige sei, in organischer Entwicklung nach Maßgabe der wachsenden Notwendigkeit immer mehr Kriegspfeilschäufel einzurichten.

Ein weiterer Bericht betraf die

Schwerarbeiter

und im Zusammenhang damit die „Hindenburgspende“. Es wurde die Zentralstelle zur Verwaltung der Spende, die Einrichtung der Kreis- und Provinzialstellen in einzelnen geschlossenen Grundbesitzern, die die Spende erhalten, wie auch der Empfänger Zahlungen leisten. Der Erfolg der Spende ist noch unklar. Hervorzuheben ist, daß aus dem durch den Krieg so mitgenommenen Ostpreußen die bisher größte Ablieferung erfolgt sei.

Ein Vertreter des Kriegsernährungsamts teilte die Grundzüge mit, nach welchen die Arbeiter beschäftigt werden. Die Festlegung des Begriffs der Schwer- und Schwerarbeiter hat zu gewissen, einmütigen nicht vermeidbaren Härten geführt. Auf einen Ausgleich derselben wird in der nächsten Zeit hingewirkt werden.

In der Erörterung wurde darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen über die Beschäftigung der Schwerarbeiter den Kommunalverwaltungen den Ueberblick sehr erschweren. Vielfach seien die Munitionsarbeiter auch Selbstverleiher und erhielten so eine unerwünschte Nebenverdienst. Im Interesse der jüdischen Bevölkerung wäre eine strenge Scheidung der Schwer- und Schwerarbeiter und der übrigen Bevölkerung zu wünschen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung:

Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung

Im Jahre 1917 sprach der Präsident des Kriegsernährungsamts. Die Höhe des Kriegsertrages wird vergrößert werden, der Landwirtschaft die unbedingt notwendigen Arbeitskräfte, Material, Düngemittel zur Verfügung zu stellen. Die immer sich steigenden Anforderungen des Krieges haben es nötig gemacht, daß an Mensch und Tier auf dem Lande alles zur Arbeit herangezogen wird, was noch vorhanden ist. Keine Abhilfe kann geschaffen werden gegen die Knappheit an Futtermitteln. Sowie davon wie irgend verfügbar, wird rechtzeitig verteilt werden.

In der Besprechung wurde von landwirtschaftlicher Seite eine Reihe von wertvollen Vorschlägen und Anregungen gegeben und die Sorgen und Wünsche der Landwirtschaft zum neuen Wirtschaftsjahr in erschöpfender Weise vorgetragen.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts schloß die Besprechung mit der Mitteilung, daß im Laufe des März die nächste Sitzung des Beirats stattfinden werde, in der das wichtige Thema der Vorbereitung des nächstjährigen Wirtschaftsplanes zur Verhandlung stehen soll.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhause.

Fideikommiss und Weidrecht.

Die erste Sitzung des Entwurfs eines Fideikommissgesetzes, mit dem sich das preußische Abgeordnetenhause am Montag beschäftigte, brachte keine Ueberraschungen. Die Stellung der Parteien war bekannt.

Die Fortschrittler hatten sich zur Einbringung eines Gegenantrages entschlossen, der während der Dauer des Krieges und bis zum Ablauf von zwei Jahren nach dem Friedensschluß die Errichtung von Grundfideikommissen oder die Vergrößerung bestehender Grundfideikommissen nur ausnahmsweise und nur mit Genehmigung des Staatsministeriums gestatten will.

Interessanter als die sachliche Erörterung, die sich vielfach in Einzelheiten verlor, war die Auseinandersetzung darüber, ob die Einbringung mit der Einbringung des Entwurfs den Burgfrieden gebrochen habe. Gegen diese Behauptung, die von fortschrittlicher Seite in der Geschäftsordnungsdebatte am letzten Sonnabend aufgestellt war und die jetzt wiederholt wurde, legten nicht nur die konservativen Protest ein, sondern auch der Landwirtschaftsminister v. Schorlemer, der dabei höchst sonderbare Anschauungen über den Begriff des Burgfriedens entwickelte. Wenn die Regierung von der Einbringung eines Gesetzentwurfs, bei dem die Geister so sehr aufeinanderplagen, keinen Bruch des Burgfriedens befürchtet, so darf man daraus wohl den Schluß ziehen, daß auch die Wahlrechtsvorlage den Burgfrieden nicht gefährdet. In der Hauptsache kommt es dem Landwirtschaftsminister natürlich, wie aus seiner Rede deutlich genug hervorgeht, darauf an, dem Großgrundbesitz entgegenzukommen, der seiner Meinung nach allein imstande ist, die Bevölkerung zu ernähren.

Erfreulich war die deutliche und scharfe Absage, die der Nationalliberale Lohmann und der Fortschrittler Waldstein den Bestrebungen der Regierung erteilten. Unterstützung fanden sie in dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genossen Leinert, der sich für den fortschrittlichen Antrag aussprach, sich in sachverständiger Weise über die Gefahren des Fideikommisswesens äußerte, gründlich mit den vom Ministerium vorgetragenen rückschrittlichen Anschauungen und mit ihrer Vorliebe für die Ständerechte des Großgrundbesitzes abrechnete und die Frage der Neuorientierung, besonders die Wahlrechtsfrage, geschickt in die Debatte warf. Mit Recht konnte unser Redner betonen, daß der Burgfriede heute überhaupt nicht mehr bestehe und daß man sich deshalb nicht darüber zu unterhalten brauche. Nach der Darstellung des Landwirtschaftsministers sei alles, was den agrarischen Interessen nützt, mit dem Burgfrieden vereinbar, was ihm schade, aber nicht.

Das Ergebnis war die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission.

Am Dienstag soll die Diätenvorlage und die Vorlage betr. Ankauf von Aktien der Sibernia in zweiter und dritter Lesung beraten werden.

Bethmann an die Reihle springen!

Das neueste Flugblatt der Danzigertrunde führt eine ungewöhnlich kräftige Sprache; die Ausführungen von Rapp und Julius Alter waren dagegen ein sanftes Säufeln. Das Papier ist so gut, daß ein Zeitungsmann von heute bei diesem

Ausfluß von Reihle erblassen und auf eine ungewöhnliche Jagungsfähigkeit der Herausgeber schließen muß. Der Umschlag ist von gleicher Güte und löst vermuten, daß uns das Werk direkt von den Verfassern zugehört ist. Diese sind natürlich nicht angegeben, doch aus welcher Ecke der Wind weht, läßt sich vielleicht aus folgendem Passus erkennen:

Der Jude und der Sozialdemokrat regiert heute in Deutschland...

Die landfälligen Geschlechter, die alten Offiziere und Beamtenfamilien, alles, was in Land und Stadt nationalen Sinn in preussischer Weise hat... sind beiseite geschoben und an die Wand gedrückt. Mit verbissenem Horn und gehollter Faust heben sie machtlos da, weil eins sie hindert, dem vollverderbenden Kanzler an die Reihle zu springen. Und dies eins ist die alte Lokalität (!), selbst in diesem Schädling doch immer noch den Minister des Königs zu sehen. Darüber kann Land und Volk verzweifeln gehen.

Von sonstigen Titulaturen des Reichskanzlers nennen wir „Dilettant auf dem Kanzlerstuhl, der sich in albernem Menschheitsideen heraufschaut“, und „größter Schädling des deutschen Volkes, der uns am Siege hindert“. Weiter heißt es, das jammervolle Gebetle um Frieden habe alle militärisch erlangenen Vorteile immer wieder zugunsten der Feinde aufgeschoben, der Kanzler sei bei der Kriegserklärung Englands unter Kränen zusammengebrochen, schließlich habe er ein allgemeines Friedensangebot augenscheinlich nach Scheidemannschem Muster gemacht und dann kommt der Schlagpunkt:

Was Wunder, daß hier und dort ein Flüster durch das Land ging, der Kanzler sei durch England gewonnen, dem er jedenfalls die besten Dienste geleistet hat, während er das eigene Vaterland nur schädigte.

Jetzt weiß man wenigstens, was — „Loyalität“ ist! Und was „nationaler Sinn in preussischer Weise“!

Eine Parteikandidatur in Spandau-Osthavelland.

Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg nahm am Sonntag, den 21. Januar, Stellung zu den Beschlüssen des Parteiausschusses über die Stellung der Partei zu der durch die Reichskonferenz der Opposition geschaffenen Situation.

Einmütig wurde beschlossen:

Der Bezirksvorstand bedauert im Interesse der Arbeiterbewegung die durch die Reichskonferenz vollzogene Sprengung der Partei. Er stimmt den Beschlüssen des Parteiausschusses zu als notwendiger Konsequenz der nun geschaffenen Situation und erwartet, daß die Parteigenossen den einheitlich in sich geschlossenen Organisationen in der Sozialdemokratie, unbeeinträchtigt durch die Ministerarbeit der abgeplatteten Sondergruppen, die Treue halten.

Zu der Nachwahl in Spandau-Osthavelland wurde folgende Entschlieung angenommen:

Der Bezirksvorstand hält angefaßt der veränderten Situation in der Partei und der Stellung der Kreisorganisation zur Reichskonferenz der Opposition die besondere Beteiligung an der Wahl im Kreise Spandau-Osthavelland für notwendig.

Er fördert die Parteigenossen des Kreises, die in Anerkennung des Grundgesetzes der Demokratie — Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit — weiter der einheitlich geschlossenen Sozialdemokratie angehören, auf die organisatorischen Vorbereitungen zur Föhrung des Wahlkampfes zu treffen.

Nach den Beschlüssen des Parteiausschusses und dem Auftruf des Parteivorstandes war die Aufstellung einer Parteikandidatur nur eine selbstverständliche Konsequenz. Sie ist um so mehr gerechtfertigt, als die Aufstellung der Spontankandidatur Wehring ihrerzeit nur durch eine geradezu höhnische Verletzung des demokratischen Prinzips — sie erfolgte mit 9 von 51 Stimmen! — möglich war. Erfreulich ist auch, daß nunmehr die Konstellation von Dshag-Burgen vermieden wird, bei welcher die Partei die Niederlage einer Oppositionsgruppe auf ihr Konto nehmen mußte. Die Spontankandidatur, die auf der Reichskonferenz der Opposition ausdrücklich beantragte, bei öffentlichen Wahlen dem Parteikandidaten eigene Kandidaten der Opposition entgegenzusetzen, kann wohl nur einverstanden sein, wenn die Partei ihr gegenüber das von ihr selbst gewünschte Verfahren anwendet.

Der Wahlwacker der Gelben in Spandau-Osthavelland.

Zu der Aufstellung der Kandidatur Fortendacher drachten wir unangenehm eine Zuschrift aus Staatsarbeiterkreisen, in der u. a. auch gesagt war, daß zu der Kandidatur ein antisemitischer Zeitungswarleger in erster Beziehung stand. Jetzt meldet sich bei uns ein Herr Georg Sturm, Inhaber des gleichnamigen Buch- und Zeitschriftenverlagshauses, mit der Erklärung, daß er der Zeitungswarleger der Deutschen Staatshandwerker- und Arbeiter-Gemeinschaft sei. Seine Beziehung zu der Kandidatur Fortendacher betreibt Herr Sturm nicht, dagegen betreibt er sich gegen die Beziehung „antisemitisch“ mit der Begründung, daß er:

1. Politisch nie herangezogen sei.
2. Keiner politischen Partei angehöre.
3. Keiner Vereinigung, die sich irgendwie direkt oder indirekt mit Massenfragen oder dergl. beschäftigt, angehört habe oder angehöre.

Herr Sturm legt also Wert darauf, daß das rein gelbe Banner der Kandidatur Fortendacher durch keinerlei andere Partheimischung getrübt werde. Wir warten in Ruhe ab, welche Zugkraft die Worte „gelb und unpolitisch“ entfalten wird.

Herr Fortendacher hat übrigens, wie wir der „Post“ entnehmen, im Namen seiner gelben Arbeitergemeinschaft ein Telegramm an den Kaiser geschickt, in dem er verspricht, weiter Waffen zu sammeln, „bis der letzte Gegner durch deutsche Waffen niedergelagert und der deutsche Frieden angenommen hat“. Wir bemerken dies, weil sich hieraus einige Rückschlüsse auf die Kriegsziele des Herrn Fortendachers ergeben.

Das geliebte Dreiklassenwahlrecht.

In der „Kreuz-Zeitung“ fühlt sich wieder einmal einer von denen, die im Weltkrieg nichts vergessen und nichts dazu gelernt haben, veranlaßt, gegen jede Wahlreform in Preußen zu protestieren. Mit Hinweis auf unsere Meldung, daß die preussische Wahlrechtsfrage festgesetzt sei, fragt der konservativ-Einsender entrüstet, „ob es denn nichts Besseres und nichts Wichtigeres zu tun gibt, als an der Grundlage des uns niemals sich bewährenden preussischen Staats zu rütteln“. (Dieses Wichtigere und Bessere ist inzwischen gefunden worden in der Gestalt des Fideikommissgesetzes.) Im Tone des besorgten Patrioten ermahnt der Einsender:

Wer die Entwicklung der letzten Jahre mit offenen Augen verfolgt hat, wird sich sagen müssen, daß das preussische Landtagswahlrecht die letzte und einzige Schande um das alte Preußen, d. h. um Preußen überhaupt, denn Preußen wird entweder das alte oder es wird nicht mehr sein; daß dies Wahlrecht das letzte Bollwerk der verfassungsmäßig garantierten Selbstständigkeit der Bundesstaaten und der letzte und einzige Schutzpflaster des von Kaiser

Wilhelm I. und seinem großen Kanzler unter Mitwirkung der deutschen Bundesgenossen geschaffenen Deutschen Reiches ist. Galt das preussische Landtagswahlrecht, dann wird Preußen aus dem bisher selbstgefügtesten monarchischen Staatswesen eine Scheinmonarchie und mit ihm werden es alle deutschen Bundesstaaten, die bis dahin durch die Monarchie und die eigentlichen Träger des monarchischen Gedankens waren. Die deutsche Kraftquelle wird langsam versiegen — und Englands Ziel (!) ist erreicht mit Hilfe ungeliebter deutscher Verleumdung und Verblendung. Und das soll die Grundursache dieses mit beispiellosen Opfern geföhrten Krieges sein? Und das will man unteren heimkehrenden Feldtruppen als „Lohn“ für ihre Hingabe entgegenbringen?

Wir betrachten die Befestigung des Dreiklassenwahlrechts durchaus nicht als einen „Lohn“ für die Feldtruppen, sondern als die Erfüllung einer politischen Selbstverständlichkeit. Wenn der konservativ-Einsender aber die Feldtruppen mit der Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechts „belohnen“ will, so wird die Volkstimmung nach dem Weltkrieg von der nach den Freiheitskriegen sich nur darin unterscheiden, daß sie diesmal nicht 33 Jahre brauchen wird, um sich durchzusetzen. — Die Einsetzung endet mit einem Ausruf „an die national-gesinnte Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses“ (also wer die Wahlrechtsreform will, ist nicht national, dies schreibt man 1917!) sich ihrer Pflicht bemußt zu sein „gegenüber unserm geliebten Preußen“. Wenn der Einsender aber in diesem Zusammenhang von dem „jetzt zu Recht bestehenden preussischen Landtagswahlrecht“ spricht, so möchten wir ihn doch darauf aufmerksam machen, daß sich die Rechtsgrundlagen des einstmalig im Widerspruch zur Verfassung aufgetragenen Dreiklassenwahlrechts seit seiner Entstehung nicht geändert haben.

Ein alldeutsches Porträt des deutschen Volkes.

Daß sich die Dinge im Kopfe der Menschen verschieden malen, ist eine bekannte Tatsache. Trotzdem dürfte das Bild übereinstimmen, das ein alldeutscher Friedensmacher, Eberhard König, sich anlässlich des deutschen Friedensangebotes und der deutschen Noten an die Zentralen vom deutschen Volke entwirft. Unter dem Titel: „Sind wir das?“ stellt er in der „Deutschen Tageszeitung“ die folgende „poetische“ Betrachtung an, aus der wir einige Kostproben wiedergeben:

Sind wir denn das, was da vor allen Türen
Das schädige Götze in den Fingern dreht,
Bedienten halt nach fremden Diensten späht
Und jeden Augenblick geladen steht,
Durch täppchen Edelmann die Welt zu rühren?

Sind wir denn das, was dauernd nur bedacht ist,
Rechtfertigung rundum sich zu erwünseln?
Sind wirklich wir das Volk von Einfallsvinseln,
Das niemals lernt, was Ernst ist und was Macht ist,
Das nie das grimmige Entweder-oder
Im Streit mit Reiderbeit anerkennt,
Das nie in herrlich reinem Jagelobder,
Gerechtigkeit Verfehlern entbrannt?

Das laßt an Hintertüren wirbi und betzelt,
In seiner letzten Not mit roten Klumpert,
Des Schidials Ja und Nein verachtet, verachtet,
Im Todesstern die Menschheitsstare klumpert!
Das nur ja labdern kann und sich verteidigen
Mit Worten, Worten! schafgeduldigen Mutes!

Die beiden letzten Zeilen vom „Salobern... mit Worten“ sind von Eberhard König recht unvorsichtig gesetzt. Man könnte ihn fragen, mit was anders als Worten er denn — — —

Wie der „deutsche Frieden“ aussieht.

Der Unabhängige Ausschuss für einen deutschen Frieden hat eine Entschlieung gefaßt, in der er sich gegen einen „Geschäftsfrieden“ ausspricht. Er fordert Erweiterung des Machtbereichs des Deutschen Reiches und Sicherheit für eine friedliche Entwicklung, die nur gewonnen werden kann, wenn sieben von ihm aufgestellte Punkte erfüllt sind. Diese sieben Punkte umfassen: Eine günstigere Gestaltung unserer Grenzen im Osten und Westen; eine bedeutende Erweiterung unserer landwirtschaftlich bebauten Fläche im Osten; Einverlebung der feindlichen Grenzgebiete mit besonders wertvollen Bodenschätzen; Besitz der flandrischen Küste; politische, wirtschaftliche und militärische Oberleitung von Belgien und Polen; umfassende Kolonialpolitik; und Abwälzung eines möglichst großen Teils der Kriegskosten auf die Gegner in der Form von Geldzahlungen oder Landabtretungen.

Letzte Nachrichten.

Der Raub der griechischen Handelsflotte.

London, 22. Januar. Der „Daily News“ zufolge sollen die griechischen Schiffe in den englischen und den übrigen Häfen des Nordsees, die England zu „übernehmen“ vorgeschlagen hat, einen Inhalt von 700000 Tonnen haben. Der größte Teil der griechischen Reeder soll bereit sein, sich mit der vorgeschlagenen Uebernahme einverstanden zu erklären. Im Belagerungsfall werde die englische Regierung einfach die Schiffe zu einem niedrigeren Preise requirieren. (Das macht die „Bereitschaft“ der Reeder verständlich!)

Ein Königreich für Frachtraum!

London, 22. Januar. Die „Times“ entnehmen, daß viele Schiffseffekten den von Postdampfschiffen einnehmen werden, um alle Energie auf den Bau von Frachtschiffen zu vereinigen.

Das Kohlenhubbild.

Essen, 22. Januar. Die heutige Verammlung der Zechenbesitzer beschloß sich zunächst mit der Zusammensetzung der ständigen Ausschüsse und nahm sodann die Anmeldung der Verkaufspreise entgegen. Die Abgabe und Entschädigung für Nehe- und Winderabgab wurde wie bisher auf 150 M. für die Tonne, und die Höhe der Strafen für jede Tonne der von den Beteiligten durch eigene Schuld nicht gelieferten Menge wie bisher auf 2 M. festgesetzt. Die Verammlung erlaubte sodann auch die sonstigen zu Beginn des Jahres üblichen Gegenstände der Tagesordnung und setzte die Beteiligungsanteile für Februar in der bisherigen Höhe fest. Der Antrag der Gewerkschaft „Graf Bismarck“ auf Erhöhung der Berechnungspreise für ihren Groß-Kohle wurde abgelehnt.

Luftkriegsbeute-Ausstellung.

Berlin, 22. Januar. Wie uns mitgeteilt wird, findet Anfang Februar in den Ausstellungshallen am Zoo eine Deutsche Luftkriegsbeute-Ausstellung (Delta) statt.

Opfer des Eisganges.

Hamburg, 22. Januar. Infolge starken Eisganges ist heute morgen unter der großen Eisbrücke ein Schlepplampfer, der zwei Schuten hinter sich zog, gesunken. Von der Befahrung konnten sich zwei Mann retten, indem sie auf die Eisflächen sprangen, drei andere ertranken. Sofort eingeleiteter Rettungs- und Hebungversuche waren ohne Erfolg.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Veränderungen in den Lohnsätzen für Militärarbeiten.

Am 1. Januar 1916 traten für die Heereslieferungen in Berlin Bestimmungen in Kraft, die bezwecken sollten, das damals herrschende Lunte Durcheinander in Bezug auf die Lohnzahlung zu beseitigen und eine einheitliche Ordnung herbeizuführen. Die Lieferungsbedingungen des Kriegsbeschuldigungsamts des Gardekorps (siehe oben) waren daher generell vor, daß nur Stücklohn gezahlt werden dürfte. Wochen- oder Stundenlohn sollte nur dann zulässig sein, wenn das Beschuldigungsamt sich vorher damit einverstanden erklärt hatte.

Vor Inkrafttreten dieser Bestimmungen war vielfach die Höhe der Zeitlöhne vor der Schlichtungskommission beanstandet worden. Die Erfahrungen lehrten, daß mit der Bezahlung von Wochenlöhnen ein gewisser Lohndruck ausgeübt wurde. Auf Antrag der Arbeiter wurde daher in den Verträgen des Beschuldigungsamts die Bezahlung von Zeitlöhnen unterlagert. In den neuen Vertragsbedingungen waren Zeitlohn-Tarife vorgegeben, bei denen die Möglichkeit offen gelassen war, Änderungen an den einzelnen Lohnsätzen vorzunehmen, jedoch mußte auf jeden Fall die Endsumme 75 Proz. des vom Amt gezahlten Lohnes ergeben. Einseitig ist trotzdem ruhig weiter im Wochenlohn gearbeitet worden, und zwar in erheblichem Umfang. Andererseits sind Tarife ausgearbeitet worden, die als geradezu unsinnig zu bezeichnen sind. Soweit die Schlichtungskommission oder die Beschuldigungsämter Hänge erklären, in denen Wochenlöhne gezahlt wurden, griffen sie ohne weiteres ein und wurde auch in vielen Fällen Nachzahlung geleistet. In derartigen Fällen ist eine Kommission beauftragt worden, die die bezüglichen Feststellungen zu treffen. Es wurde dann der zu wenig gezahlte Lohn je nach der Dauer der Beschäftigung auf die gesamte Arbeiterkraft verteilt. In solchen Fällen hat auch das Kriegsbeschuldigungsamt des Gardekorps von seinem Recht, den betreffenden Unternehmer in Strafe zu nehmen, Gebrauch gemacht. So hat allein ein Unternehmer 7000 M. Strafe bezahlt.

Hierfür gilt folgende Bestimmung: In jedem Fall der Unterbrechung des Lohns ist verpflichtet sich der Unternehmer, an das Amt eine Vertragsstrafe in Höhe des fünffachen des Unterlohnes zwischen der Gesamtsumme der geschuldeten und den nach dem Tarif zustehenden Löhnen, mindestens aber in Höhe von 20 M. zu zahlen. Die Strafe ist auch dann zu entrichten, wenn der Unternehmer oder Zwischenmeister den Verstoß begangen hat. Das Amt wird die Strafhelder zum Verstoß durch Tarifverträge geschädigten Arbeiter nach pflichtmäßigem Ermessen verwenden. Der Rechtsweg oder die Andringung einer Reklamation bei der Schlichtungskommission ist bei einem Streit über die Verwendung ausgeschlossen.

Auf diesen Strafgeboten ist das Beschuldigungsamt berechtigt, solchen Arbeitern und Arbeiterinnen, die im Wege der Klage die ihnen zu wenig gezahlten Beträge nicht erhalten können, diese ganz oder teilweise zu ersetzen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß durch die Schlichtungskommission festgestellt wird, ob und in welchem Umfang zu wenig Lohn gezahlt worden ist. Auf die bloße Behauptung oder Vermutung hin wird das Beschuldigungsamt keine Entschädigung leisten. Eine Entschädigung durch das Beschuldigungsamt schließt sich selbstverständlich nicht aus, daß der betreffende Unternehmer zivilrechtlich weiter in Anspruch genommen werden kann, nur wäre in solchen Fällen dem Beschuldigungsamt der gezahlte Betrag zurückzuerhalten.

Neben der zivilrechtlichen Haftung kann der Unternehmer gemäß der Verordnung des Oberkommandos in den Marken vom 21. Dezember 1915 und 15. Januar 1917 mit Gefängnis bestraft werden. Durch die Verordnung vom 13. Januar 1917 ist der früher bloß für Groß-Berlin vorgesehene Gang der Tariflöhne auf die ganze Provinz Brandenburg ausgedehnt. Mit dieser neueren Verordnung werden automatisch sowohl die jetzt bestehenden, als etwa in Zukunft in Kraft tretenden Lohnsätze gekürzt.

Neben den Unternehmern, die großes Gefallen an den Wochenlöhnen fanden, hat ein großer Teil auch Stücklohn-Tarife eingeführt, die erheblich zu ihrem Vorteil ausgefallen waren. So ist in verschiedenen Fällen die Arbeiterschaft in folgender Weise ganz erheblich überborteilt worden: Nach dem Tariflohn, der im Januar d. J. herauskam, war der Unternehmer berechtigt, sich für das Einrichten eines Pantons 42 Pf. zu berechnen. Diese Bestimmungen haben die Unternehmer in der Weise umgangen, daß sie einfach andere Bezeichnungen in den Tarif aufwiesen, wodurch es ihnen dann möglich wurde, den Arbeitslohn für das Einrichten ganz erheblich in die Höhe zu bringen. So ist in einem Falle in einem Tarif für das Kragen-Vorarbeiten 72 Pf. vorgegeben, während für den Kragen zu machen 78 Pf. in Ansatz gebracht wurden. Das Kragen-Vorarbeiten gehört aber zum Einrichten. Neben dieser Arbeit sind noch bei einigen anderen Positionen 25 Pf. für Einrichtarbeit untergebracht worden, sodas den Arbeitern wenigstens 97 Pf. pro Stück zu wenig gezahlt wurden. Es ist dies bei einem Lohnsatz von 8,50 M. ein immerhin wesentlicher Betrag. Solche Vorkommnisse sind allerdings nur dann möglich, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen sich um das Zustandekommen des Tarifs nicht kümmern, sowie auch unbegreiflicherweise von dem Inhalt der Vertragsbedingungen jetzt noch keine Kenntnis haben.

Um diesen Mißstand zu beseitigen, entschlöß sich die Schlichtungskommission, einen Zeitlohn-Tarif auszuarbeiten und diesen dem Beschuldigungsamt zu überreichen mit dem Ersuchen, allen Lieferanten vorzuschreiben, künftig nur nach diesem Tarif zu zahlen. Die Schlichtungskommission hat hierbei die von ihr gemachten Erfahrungen verwertet und sieht zu erwarten, daß in der nächsten Zeit dieser Zeitlohn-Tarif zur Einführung gelangt. Durch die Verordnung vom 13. Januar 1917 ist die Nichtbeachtung dieses Zeitlohn-Tarifs unter Strafe gestellt.

Wir werden feinerzeit über die neu in Kraft tretenden Bestimmungen und Stücklohn-Tarife berichten.

Kriegsgewinn! Der Aufsichtsrat der Kaiserer Lederfabrik A.-G. schlägt der Generalversammlung die Ausschüttung von 25 Proz. Dividende (i. H. 20 Proz.) vor. Nach Rückstellung der Kriegsgewinnsteuer in Höhe von 800.000 M. (i. H. 700.000 M. für 1914 und 1915) verbleibt ein Nettogewinn von 866.286 M. (516.888 M.) Hieraus sollen ferner 100.000 M. der Stadt Baden zu Kriegswohlfahrtszwecken überwiesen, 40.000 M. der Rücklage und 10.000 M. der Arbeiterwohlfahrt zugewiesen werden.

Zu der Kürzierung der Chemischen Fabriken Zeit wird im „Berliner Tageblatt“ geäußert, daß die großen Gewinne dieses Unternehmens sich aus einer Lücke in den Bundesratsverordnungen erklären, die den Weiterverkauf der von ihm hergestellten Petroläure zu einer Zeit freilassen, da sämtliche übrigen Fette bereits beschlagnahmt waren und unter die Höchstpreise fielen. Daher konnten die Chemischen Fabriken Zeit bis zum 5. Oktober vorigen Jahres für jeden Waagon minderwertigen Lebertarifs 50.000 bis 70.000 M. Extraprofit erzielen. Die neuen Bundesratsverordnungen haben diese Lücke verstopft. Daher wird der Gewinn der Chemischen Fabriken Zeit wahrscheinlich zurückgehen und die letzten Käufer der Aktien dieses Unternehmens, die sich von der hohen Gewinnartifizier blenden ließen, werden nicht übel hineingefallen sein. Das „Berliner Tageblatt“ verlangt mit Recht ausführliche Erklärungen der Verwaltung in der Generalversammlung.

Eisenknappheit in Norwegen. Die Einfuhr von Eisen nach Norwegen hat in letzter Zeit so gut wie ganz aufgehört. Die norwegische Regierung verhandelt zwar gegenwärtig mit der deutschen über die Freigabe einer kleineren Menge zur Ausfuhr nach Norwegen. Die vorhandenen Vorräte reichen nur noch für ganz kurze Zeit hin. Aus England und Belgien erhält Norwegen überhaupt nichts mehr. Die Einfuhr aus Amerika sei ganz unsicher, außerdem die Preise infolge der hohen Fracht um 300 Proz. gestiegen. Deshalb befürchtet man in norwegischen Eisenhandlungen, daß, wenn nicht Deutschland Norwegen entgegenkommen zeige, und größere Mengen zur Ausfuhr nach Norwegen freigebe, die meisten norwegischen Eisenwerke und Schiffswerften über kurz oder lang ihren Betrieb einschränken oder einstellen müssen.

Die Erben. Ein Brief aus Buenos Aires im „Economist“ berichtet, daß die Gießereifabrik in Polinatón (New Jersey) einen Auftrag auf 50.000 Litern zugehöriger Rohren für die Wasserwerke von Buenos Aires erhalten hat. Der Preis übersteigt 3,5 Millionen Goldpesos. Fünf Angebote lagen vor, davon vier von englischen Firmen, die alle niedriger geteilt sein sollen, als das amerikanische. Der letzte Jahresbericht der argentinischen Gesundheitsbehörde erwähnt, daß der amerikanische Gesandte in der Sache intervenierte.

Soziales.

Unverschuldetes Verstum bedingt Straffreiheit.

Das Reichsgesetzblatt Nr. 12 bringt die Verordnung des Bundesrats vom 18. Januar, durch die unverschuldetes Verstum über das Bestehen oder die Anwendbarkeit von Vorschriften, die der Bundesrat auf Grund seiner Ermächtigung zu wirtschaftlichen Maßnahmen erlassen hat, Straffreiheit bedingt. Solange die öffentliche Klage nicht erhoben ist, kann die Staatsanwaltschaft bei dem Gerichte die Einstellung des Verfahrens beantragen. Ist das Verfahren eingeleitet, kann es nur auf Grund neuer Tatsachen oder Beweismittel ausgenommen werden.

Ist die öffentliche Klage erhoben und erachtet das Gericht die Voraussetzungen für die Annahme unverschuldeten Verstums gegeben, hat es die Eröffnung des Hauptverfahrens abzulehnen oder, wenn Voruntersuchung geführt ist, den Angeklagten außer Verfolgung zu setzen; ist Strafbefehl beantragt, hat das Gericht den Antrag abzulehnen. Ergibt die Hauptverhandlung, daß unverschuldetes Verstum vorliegt, ist der Angeklagte freizusprechen.

Die Verordnung ist am 18. Januar 1917 in Kraft getreten.

Zwangweise Einführung der englischen Arbeitszeit.

Eine dem Verbande Sächsischer Industrieller angehörende Mitgliederversammlung in Würzen hatte beim Gesamtvorstand des Verbandes den Antrag auf zwangsweise Einführung der sogenannten englischen Arbeitszeit gestellt. Von dem Antragstellern war zur Begründung darauf hingewiesen worden, daß eine Einschränkung des Lohndarfs dadurch, daß die Haushaltungsmittel aus dem Mangel an Petroleum sich früher zur Ruhe begeben, von selbst eintreten würde, wenn die nach Schluß der Arbeitszeit verbleibenden Stunden für die häuslichen Arbeiten ausreichen. Während des Winters seien durchschnittlich täglich vier Stunden künstlicher Beleuchtung notwendig, demnach würden nach Einführung der englischen Arbeitszeit wenigstens 25 bis 33 1/2 Proz. erspart. Der Gesamtvorstand hat über den vorstehenden Antrag beraten und anerkannt, daß die englische Arbeitszeit für viele Betriebe von großem Vorteil sei und auch den Arbeitern und Angehörigen Vorteile zu bieten vermöge. Der Gesamtvorstand des Verbandes Sächsischer Industrieller hat sich jedoch gegen eine zwangsweise Einführung dieser Arbeitszeit ausgesprochen, da einmal die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben zu verschiedenenartigen wären, um eine einheitliche Regelung dieser Frage vorzunehmen, und gegen eine zwangsweise Einführung ferner solange wichtige Bedenken beständen, als nicht auch die staatlichen und kommunalbehördlichen Einrichtungen aller Art, vor allem Post und Telegraph, städtische Konzepte usw. dieser Arbeitszeit durch entsprechende Anweisung ihrer Dienststunden Rechnung tragen.

Auch wir müssen uns gegen die zwangsweise Einführung der englischen Arbeitszeit wenden. Wir meinen, daß auch die Arbeiter zu befragen sind, ob sie diese Neuerung wollen. Die englische Arbeitszeit hat neben ihren Vorteilen auch ihre Nachteile. Dabei sehen wir davon ab, daß sie alle bisherigen Dispositionen im Haushalte des Arbeiters über den Hausstand und die Anstellung dort, wo Kinder im Hause, sehr oft so schwer ist, daß die Hausfrau vom Kochtopf gar nicht wegstommt, was namentlich dort, wo die Frau mitverdienen muß, als ganz erhebliche Störung empfunden wird. Wir betonen vor allem, daß die jetzt übliche Arbeitszeit, die zum Teil noch 11 Stunden beträgt, viel zu lang ist, um ohne Mittagspause durchgehalten werden zu können. Die achtstündige Arbeitszeit ist das Höchstmögliche, wobei dabei dem Menschen zugemutet werden kann. Ramentlich jetzt, Durcharbeitende sind während der ganzen Arbeitsschicht auf Brotnahrung angewiesen. Daran muß sich der Körper soweit erst gewöhnen. Jetzt fällt das doppelt schwer. Einmal sind die Prostrationen, die zur Erschlaffung führen, klein, dann ist die Zufuhr zum größten Teil ganz weggefallen, und der verbleibende Rest ist so einseitig, daß es außerordentlich schwer sein wird, von der gemohnten Unterbrechung durch eine Mittagspause abzugehen.

Kleinfriedlungen in Lippe.

Die Staatsregierung in Lippe bereitet für die Ansiedlung von Kriegsteilnehmern Pläne vor, wofür nach einer Mitteilung der Regierung dem Landtage im Laufe dieses Frühjahres eine Vorlage zugehen soll. Inzwischen ist der lippsche Siedlungsverein bereits mit der Errichtung von Wohnhäusern in der lippschen Senne vorgegangen. Dazu sind allerdings viele Gelder nötig. Dem lippschen Landtage ist deswegen eine Vorlage zugegangen, nach der die Landesbank ermächtigt werden soll, Kleinfriedlungen bis zu 75 Proz. und in besonderen Fällen noch höher zu beilehen. In Lippe wird auch die Errichtung einer fürstlichen Akademie für Verwaltungswissenschaften geplant, in der auch das gesamte Wohnungswesen eine eingehende Behandlung erfahren soll.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Tempelhofer; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Zschig, Reutlingen; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Bornhörs Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Seite 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

Todes-Anzeigen

Zentralverband der Lederarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Pittale Berlin I.
Am Sonntag, den 21. Januar verstarb plötzlich unser langjähriges Mitglied, der Seilgerber

Robert Bautze.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittw. den 21. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Sophien-Kirchhofes, Preienmader Straße, aus statt.
189/12 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauanführer

August Sirehl

Keutßen, Domstr. 130,
am 19. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittw. den 21. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Preienmader Straße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen seiner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

Friedrich Schulze

am 15. Januar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
188/19 Die Ortsverwaltung.

Ida Verheyen

geb. Thiele
am 18. Januar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am 25. Januar, nachmittags 8 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Preienmader Straße, aus statt.

Otto Verheyen.

Im Rahmen der Hinterbliebenen

Nach langem Leiden, entschlief am 21. Januar 1917 mein herzenguter Mann, unser lieber Vater, der Buchbinder

Karl Rauer

74 Jahre alt.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Emma Rauer nebst Kindern.
Gr. Lichte-ferde-Weit, 17918
Unter den Eichen 69.

Die Beerdigung findet am Mittw. den 21. Januar, nachmittags 4 Uhr, an dem Friedhof Gr. Lichte-ferde-Weit, statt.

Krankengeld-, Jubiläum- und Begräbniskasse

der Berliner Knopfarbeiter und verwandter Gewerbe.

Ordentliche General-Versammlung

am Sonnabend, den 27. Januar 1917, abends 8 1/2 Uhr, bei Kurth, Branngasse 105.
Tagesordnung:
1. Kassembereicht: a) vierteljährlich, b) jährlich.
2. Wahl des Gesamtverbandes und der Revisoren.
3. Innere Kassembereicht.
4. Berichterstattung. 289/11

Der Vorstand.

A. A.: Georg Streiter, 1 Schriftführer.

Kaufe Säcke

Leinwand, auch zerissen, sowie Umhüllungen. Rosner, Berlin, Lehniger Str. 64, Norden 10785.

Glumen- und Kranzbindererei

von Robert Meyer.

Ind.: P. Gollet, Marianenstr. 3. Tel. Mpl. 10 203

Bücher und Zeitungen

Leber der Lieder die Buchhandl. Bornhörs Buchdruckerei nimmt alle Bestellungen entgegen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Linienstr. 83-85.
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1299, 1687, 9714.

Tonnerstag, den 25. Januar, abends pünktlich 7 Uhr:

Vertrauensmänner-Konferenz

der Eisen-, Metall- u. Revolverdreher sowie Mundschleifer

in den Musiker-Festfalen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.
Tagesordnung:
1. Branchenangelegenheiten. 2. Berichterstattung.

Tonnerstag, den 25. Januar 1917, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

aller in den Klempnerereien beschäftigten Kollegen und Kolleginnen

in Heinrichs Festfalen, Große Frankfurter Straße 30.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Kündigung des Vorkampferartikels.
2. Innere Lohn- und Arbeitsverhältnisse während des Krieges.
3. Verband- und Branchenangelegenheiten.
Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. Kein Bausklempner darf fehlen.

Tonnerstag, den 25. Januar 1917, abends 8 Uhr:

Versammlung

der Zigaretten- und Hülsenmaschinisten

in den Musiker-Festfalen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Stadtratsbeschlusses Adolf Ritter über das Diktat der Zigaretten. 2. Diskussion. 3. Gruppenangelegenheiten. 4. Berichterstattung. 198/18
Die Kollegen werden ersucht, pünktlich 8 Uhr zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Sackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Weichstraße 24, part. Filiale Berlin: Neb.-Koch, Hermannstr. 13
Telephon: Amt Norden 1. 4787. Fernspr.: Nord 3791-37

Tonnerstag, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 14/15:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Das Hilfsdienstgesetz. Referent: Gen. G. Bauer. 2. Diskussion.
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig.
137/1
Die Ortsverwaltung.

Aus Industrie und Handel.

Vierte italienische Kriegsanleihe.

Die Agenzia Stefani verbreitet folgende Meldung: Ein Erlaß gibt die Ermächtigung zur Ausgabe einer vierten nationalen Anleihe, die mit fünf Prozent verzinslich, für jetzt und in Zukunft von jeder Steuer befreit und bis zum Ende des Jahres 1931 unveränderlich sein soll. Der Zeichnungspreis beträgt neunzig Prozent. Italien hat seine erste „Kriegsanleihe“ noch zu einer Zeit aufgelegt, da es sich selbst im Frieden befand und nur die Kosten der bewaffneten Neutralität decken mußte. Diese erste Anleihe wurde zu 97 Prozent aufgelegt und brachte 4 1/2 Prozent Zinsen. Ihr Ertrag war 880 Millionen Lire. Die zweite Kriegsanleihe knapp nach Eintritt Italiens in den Krieg aufgelegt, war bei einem Zeichnungspreis von 93 Prozent mit 4 1/2 Prozent verzinslich und brachte einschließlich der festen Beteiligung des Bankfortums in Höhe von 200 Millionen Lire einen Erlös von 118 Millionen Lire. Die dritte, im Dezember 1915 aufgelegte Kriegsanleihe war 90 Prozentig bei einem Zeichnungspreis von 95,5 und brachte einschließlich der festen Beteiligung des Bankfortums in Höhe von 500 Millionen Lire einen Erlös von 804 Millionen Lire. Aus dem Vergleich der Zeichnungsbedingungen ergibt sich, daß die neue vierte Anleihe, welche zur Umwandlung der großen schwebenden Schulden in langfristige dringend notwendig ist, infolge der Herabsetzung des Zeichnungspreises auf 90 den Kapitalisten erheblich bessere Bedingungen bietet als die früheren Anleihen.

Abgeordnetenhaus.

54. Sitzung. Montag, den 22. Januar, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministerisch: Weseler, v. Schorlemer. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des

Fideikommissgesetzes.

Justizminister Weseler: Der letzte Entwurf von 1913 kam infolge des Landtagschlusses 1915 nicht zur Verabschiedung. Die Regierung war sich aber schon damals klar darüber, daß der Entwurf wieder eingebracht werden müsse. Neu aufgenommen ist ein Teil über Stammgüter, der auch dem kleineren und mittleren Besitz zu der ihm bisher fehlenden Befestigung in der Familie verhelfen soll. Der Minister geht weiter die Einzelheiten des Gesetzes durch, bleibt aber im Zusammenhang auf der Tribüne unverändert.

Abg. Delbrück (L.):

Unser Standpunkt zu dem Gesetz ist bekannt. Wir würden in dem Zustandekommen des Gesetzes einen bedeutenden Fortschritt sehen. Der Entwurf entspricht dem, was die große Mehrheit des Hauses als ihren Wunsch ausgesprochen hat. Wir beantragen Ueberweisung des Entwurfs an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Man sagt, die Einbringung des Gesetzes bedeute einen Bruch des Burgfriedens.

Es handelt sich aber hier um Dinge, die außerordentlich wesentlich für unsere großen und kleinen Grundbesitzer sind, um eine Materie, die seit Jahrzehnten der Regelung drängt, um die Vereinfachung der großen Unklarheit, die auf diesem Gebiete herrscht. Es handelt sich vor allem nicht etwa um ein ganz neues Gesetz, sondern nur um den letzten Schritt einer Gesetzgebung, die von uns ganz zufällig vor dem Kriege nicht gemacht werden konnte. Wenn man von einem Bruch des Burgfriedens spricht, so kommt es darauf an, was man unter Burgfrieden versteht. Ich gebe zu, es handelt sich um grundsätzliche Gegenstände. Sie wollen die Fideikommissfrage abschaffen; wir wollen sie den Anforderungen der neuen Zeit anpassen. Aber es handelt sich doch keineswegs um ein reaktionäres Gesetz.

Von dem Abg. Kronsohn (Sp.) und Genossen liegt zu der Materie ein Antrag vor, der in Form eines Gesetzesentwurfes besteht, daß während des Krieges und bis zum Ablauf von zwei Jahren nach dem Friedensschluß die Errichtung von Grundfideikommissen oder die Vergrößerung bestehender nicht zulässig ist. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung des Staatsministeriums und sind dem Landtag, soweit sie erfolgen, mitzuteilen.

Abg. Witt (Z.) begrüßt den Entwurf, vor allem die Bestimmungen zum Schutze der Befestigung des kleinen und mittleren Grundbesitzes, auch der Großgrundbesitzer sei ein unentbehrlicher Faktor unserer Volkswirtschaft.

Abg. Lehmann (natl.): Wir finden die Wiedereinbringung des Gesetzes verwunderlich und auffallend. (Sehr gut! links.) Es ist durchaus unklar, jetzt eine so weitgehende fideikommissrechtliche Bindung festzulegen, da wir gar nicht wissen, welche Ziele unserer Agrarpolitik nach dem Kriege gestellt werden können, ob wir uns dann noch den Vorzug gestatten können, soviel Grund und Boden für die fideikommissarischen Gebundenen zu halten. Wir werden dem Antrag Kronsohn zustimmen und beantragen, über diesen ohne Kommissionsberatung abzustimmen.

Abg. Krause-Waldenburg (H.) stimmt der Vorlage zu.

Abg. Waldstein (Sp.):

Die Vorlage von 1913 wurde von der Regierung selbst fallen gelassen, nachdem wir erklärt hatten, daß wir in der Weiterberatung dieses Gesetzes einen Bruch des Burgfriedens erblickten. (Hört! hört! links.) Es gibt ja auch kaum ein Gebiet, dem schärfere Gegenstände der Weltanschauung, der wirtschaftlichen und politischen Anschauungen einander gegenüberstehen. Dazu kommt, daß der Reichstag, dessen Autorität zu wahren auch zum Burgfrieden gehört, 1913 durch Mehrheitsbeschluß sich gegen die Bildung weiterer Fideikommissen ausgesprochen hat. Der Reichstag wird deshalb zu dieser Prozedur des Abgeordnetenhauses Stellung nehmen müssen. Was hat der Burgfrieden noch für einen Wert, wenn er derartige Diskussionen nicht verhindert? Kann? Warum darf denn hier diese Vorlage über das Wahlrecht kommen? (Sehr gut! links.) Es herrscht doch absolute Uebereinstimmung bei allen Parteien darüber, daß das Wahlrecht reformiert werden muß, nur über das Maß bestehen Meinungsverschiedenheiten, genau wie bei dieser Vorlage. Aber dort absolute Enthaltenspflicht, trotzdem es sich dabei um eine Forderung der breitesten Massen handelt. Hier dagegen will man unter dem Schutze des Burgfriedens gewissermaßen im Tauchboot eine so wichtige vielumstrittene Materie noch vor dem Ende des Krieges in den sicheren Hafen bringen! Man behauptet, es handle sich hier um eine Verschönerung der Fideikommissbildung, dabei wird der Stempel, mit dem jede Fideikommissbildung zu versehen ist, in ganz unverantwortlicher Weise wesentlich herabgesetzt. (Hört! hört! links.) Wenn der Satz Noblesse oblige (Adel verpflichtet) noch irgendeine Bedeutung in Preußen haben soll, erwarte ich, daß diese Steuerherabsetzung im Interesse des Großgrundbesitzes in dieser Zeit der höchsten Not des Vaterlandes nicht Gesetz werden wird. (Bravo! links.)

Landwirtschaftsminister v. Schorlemer:

Ich behalte mir vor, auf die Einwendungen des Vorredners in der Kommission näher einzugehen. Wenn darauf hingewiesen worden ist, daß im Jahre 1913 die Regierung auf die Weiterberatung des damaligen Gesetzes verzichtet hat, so läßt man dabei außer Acht, daß es sich damals um den nohen Schluß einer Session handelte. Heute aber stehen wir am Beginn einer neuen Tagung. Was die Wahrung des Burgfriedens anlangt, so existiert ein Kodex des Burgfriedens, ein Verzeichnis der Angelegenheiten, die unter dem Schutze des Burgfriedens verhandelt werden können, über davon ausgeschlossen sind, bisher nicht. (Große Unruhe links, lebhafter Zuruf: Wahlrecht!) Was Burgfrieden ist, ist wesentlich Sache des Gefühls. Wenn soll man soweit wie möglich alle Angelegenheiten jetzt ausschalten, welche ein Aufeinanderplayen der Parteienlagen zur Folge haben müssen. Daß das hier nicht der Fall zu sein braucht, hat Herr Bachnide 1913 selbst anerkannt, als er sagte: Wären Sie uns entgegengekommen, so hätten wir unter Wahrung des Burgfriedens jetzt auch am Fideikommissgesetz weiterarbeiten können. (Hört! hört! rechts.) Etwas anderes wäre es, wenn es sich heute darum handelte, die Gründung von Fideikommissen als etwas ganz Neues zu beantragen. Wer die wirtschaftliche Frage an sich in ja länger entschieden, es handelt sich lediglich um eine Reform, und zwar um eine Reform, die im Interesse der Gesamtheit liegt, um umgebenen Neubildungen und Erweiterungen von Fideikommissen entgegenzutreten. Zu dem Antrag Kronsohn hat die Regierung noch keine Stellung genommen. Aber ich glaube, die größere Mehrheit wird diesen Antrag gegenüber doch das Bedenken haben, das in dem römischen Wort liegt: timo Danaos et dona ferentes. (Hört! hört! links.) Es liegt die Gefahr vor, daß das, was hier als Vorübergehendes vorgeschlagen wird, etwas Dauerndes wird. Ich glaube kaum, daß die Regierung diesem Antrag zustimmen wird, hoffe vielmehr, daß durch Annahme der Vorlage diese Materie, die das Haus seit Jahrzehnten beschäftigt, endlich erledigt werden wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Leinert (Soz.):

Die Rede des Ministers atmete sehr wenig von dem Burgfrieden, der 1914 vereinbart worden ist. (Sehr richtig! links.) Nach meiner Ansicht ist ja der Burgfrieden heute gar nicht mehr vor-

handen. Jedenfalls hätte die Regierung soviel Gefühl für den Burgfrieden beweisen müssen, daß sie ein solches Gesetz jetzt nicht einbrachte. (Sehr gut! links.) Nach dem Minister ist alles, was den agrarischen Interessen nicht, mit dem Burgfrieden vereinbar. Die Vorzüge des Großgrundbesitzes haben mit der Frage des gebundenen Grundbesitzes gar nichts zu tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Oder will der Minister etwa, daß der gesamte Großgrundbesitz fideikommissarisch gebunden wird? Der leitende Gesichtspunkt für die Regierung ist jedenfalls, diese Bevorzugung des Großgrundbesitzes vor der gefährdeten Neuorientierung unter Dach und Fach zu bringen. Es gilt die Justiz unter allen Umständen auch bei der Priorisierung auf der Oberfläche zu halten. Es werden hier Standesvorrechte, es wird ein ganz besonderes Familienrecht für die Fideikommissbesitzer geschaffen. Es kann z. B. in der Stiftung bestimmt werden, daß der Erstgeborene nur dann erbberechtigt bleibt, wenn er eine Witwe heiratet. Man will eine Art Monarchie auf dem Lande schaffen. In den bürgerlichen Familien wird dies Gesetz nicht zur Stärkung des Familienfriedens wirken, sondern, wie die Erfahrung beweist, die Familienglieder miteinander anzuzetteln. Mit dem Grundsatz: Dem Tüchtigsten freie Bahn! ist die Vorlage unvereinbar. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Richt die Tüchtigkeit soll entscheiden, wer Fideikommissbesitzer wird, sondern die Erbschaft! Trottel und unfähige Leute können so in den Besitz all der Vorrechte kommen, die mit dem Fideikommiss verbunden sind! Hier gilt der Grundsatz: Dem Unfähigen staatsliche Hilfe! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Soll das die Neuorientierung sein? Die Großgrundbesitzer verlangen hier, daß der Staat ihnen ein Standesgemäßes Leben garantiert. Dasselbe Recht hat aber jeder andere Staatsbürger. Garantieren Sie dem Arbeiter den standesgemäßen Lebensunterhalt durch Schaffung von Mindestlöhnen usw. Dann würden Sie wenigstens der großen Masse helfen, was mehr im Interesse der Allgemeinheit liegen würde als diese Bevorzugung einzelner Weniger.

Wir legen Protest ein gegen die Beratung dieses Gesetzes in der heutigen Zeit. Es gibt wirklich viel wichtigere Materien, die heute der Regelung bedürfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Zeit, wo alle Welt den Atem anhält wegen der kommenden Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz, wo eine furchtbare Spannung herrscht, was eigentlich mit unserem Vaterlande werden wird, diesen Augenblick hätte die Regierung für angemessener, ein Gesetz einzubringen, das ausgesprochenenmaßen Standesvorrechte für die Großgrundbesitzer bringt, was mittelalterliche Einrichtungen konservern will. Haben wir denn wirklich soviel Zeit, um gerade jetzt ein solches Gesetz zu erlassen, das langer Kommissionsberatung bedürftig ist? Ist das der Fall, warum jängt man dann nicht mit dem Gesetz an, das heute jeder Preuze erwartet? Warum legt man uns nicht ein Gesetz zur Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts vor? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Taten für die Großgrundbesitzer und Verbesserungen für das Volk! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das neue Wahlrecht soll doch natürlich die Privilegien, die heute bestimmte Klassen haben, abschaffen. (Präsident Graf Schwerin-Löwis: Wir verhandeln jetzt nicht über das Wahlrecht! — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Leider!) Wenn man dort nicht will, daß Privilegien aufrechterhalten werden, darf man nicht beim Fideikommissgesetz neue Privilegien schaffen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir fordern Beseitigung der Privilegien auf allen Gebieten. Wir müssen die Folgerungen ziehen aus dem einmütigen Willen des deutschen Volkes, gemeinsam zur Verteidigung des Vaterlandes zusammenzutreten. Diese Folgerungen ziehen Sie nicht, wenn Sie eine Minderheit, die nicht mehr für das Vaterland tut als die Arbeiterklasse, bevorzugen. Handeln Sie ungeschick! Speichen Sie die Fideikommissbesitzer mit Beschuldigungen ab, die dann eingestrichelt werden können, wenn das Wahlrecht da ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Justizminister Weseler wendet sich, auf der Tribüne unverändert, gegen einige Ausführungen der Abg. Waldstein und Leinert.

Ein Schlussantrag wird angenommen.

Abg. A. Hoffmann (Fraktion „alle Richtungen“): Es widerspricht allen parlamentarischen Genossenschaften, nach einer Ministerrede Schluss zu machen. Sogar wenn eine Debatte schon geschlossen ist und der Minister noch das Wort nimmt, so ist sie wieder eröffnet. Sie haben ja auch hier nur Schluss gemacht, weil die Rollen um das Wort abgetreten hatten.

Die Vorlage wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Fortschrittler, Polen und Sozialdemokraten einem Ausschuss von 23 Mitgliedern überwiesen. Der Antrag Kronsohn (Sp.) wird nicht mitüberwiesen, er kommt später zur zweiten Lesung. Präsident Graf Schwerin-Löwis teilt mit, daß ein Antrag verschiedener bürgerlicher Parteien eingegangen ist, die Geschäftsordnung dahin zu ändern, daß in Zukunft der Präsident die Reihenfolge der Redner festsetzt.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. (Der eben erwähnte Antrag, Diätengesetz, Hiberniavorlage, kleinere Vorlagen.)

Schluss: 7 1/2 Uhr.

Kreis-Generalversammlung

von

Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Am Sonntag, den 21. Januar cr., fand im Gewerkschaftshause die ordentliche Generalversammlung des Zentralwahlvereins statt. Vertreten waren 27 Ortsvereine.

Geschäftsbericht

erstattete der Sekretär Genosse O. Roger. Er führte folgendes an: Durch die Kampfmethode der Opposition wurde am 18. Juni 1916 unsere Kreisorganisation gespalten. Das war die erste organisationszerstörende Folge der Gründung der Arbeitsgemeinschaft.

In dem letzten halben Jahr haben wir schwere Kämpfe in unserem Kreise durchlebt. Wankend wankende Genosse wollte diesen verhindert sehen, wie es auch dem Kreisvorstande und unseren Mitgliedern sicher angenehmer gewesen wäre. Um den wahren, klaren kommenden Kämpfen aus dem Wege zu gehen, die nur die Arbeiterbewegung schädigen können, unterbreitete der Genosse Hirsch bei den Kreisvorständen einen Antrag, ob sie gewillt seien in Einigungs- verhandlungen einzutreten. Wir erklärten hierzu grundsätzlich unsere Bereitwilligkeit. Die Gegenseite würdigte den Genossen Hirsch keiner Antwort. Damit war die geplante Einigungsaktion gescheitert.

Die Agitation wurde in den Orten durch die Intoleranz der alten „Vorwärts“-redaktion sehr erschwert. Der Abdruck unserer offiziellen Bekanntmachungen wurden abgelehnt. Sie sperrte uns ihre Spalten vollständig. Nicht einmal Todesanzeigen von unseren verstorbenen Mitgliedern wurden zum Abdruck gebracht. Auf unsere wiederholten Beschwerden an die damalige Presskommission erhielten wir nur höfliche Antworten. Jetzt steht uns das Parteilager wieder zur Verfügung und unsere Bewegung macht wieder Fortschritte.

In verschiedenen Orten, so in Mariendorf, Adlershof und Pantow, gelang es uns, wieder Ortsgruppen zu bilden, die sich auch in erfreulicher Entwicklung befinden. Wir haben jetzt im Kreise wieder 40 Ortsvereine.

Die Frauenbewegung muß noch mehr forciert werden. Für die „Gleichheit“ hat heute nur noch ein kleiner Kreis von Genossinnen Interesse, nicht aber die Masse der Arbeiter. Die Lebenden bedürfen noch des weiteren Aufbaues und es ist Sache der Ortsvereine zu prüfen, ob nicht die Abhaltung derselben zu anderen Tageszeiten

als bisher üblich in Erwägung zu ziehen ist. Die erwerblichen und Arbeitsverhältnisse sind dabei besonders zu berücksichtigen.

Unter den Parteimitgliedern hat auch die Jugendbewegung zu leiden. Hier wird es der Anbahnung aller Kräfte bedürfen, um diese wieder ein ordentliche Bahnen zu lenken und auf die alte Höhe zu bringen.

Bei den Stadtverordneten- und Gemeindevorständen fanden sich überall zwei Kandidaten gegenüber. Der Vorschlag der Spartakusgruppe, unseren Kandidaten überall Gegenkandidaten gegenüberzustellen, ist prompt durchgeführt worden. In Köpenick und Wilmersdorf sind die Spartakusleute unterlegen. Nur in Weichsel der Wahlkampf nicht zu unseren Gunsten aus. Von Wahl zu Wahl hat sich unsere Stimmenzahl erfreulich vermehrt. Der Redner schloß mit einem Hinweis auf die schweren Kämpfe, denen wir entgegengehen, nachdem er die von der Arbeitsgemeinschaft herbeigeführte Parteispaltung gebührend gekennzeichnet hatte.

Den Kassendbericht erstattet P. G. G. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Einnahmen 47.782,08 M. und die Ausgaben 18.841,82 M. betragen; es verbleibt ein Kassendbestand von 28.940,26 M.

In der

Diskussion

kritisiert Genosse Klotz-Kentölin die Schreibweise der „Neuen Zeit“ und der „Gleichheit“.

Die Jugendbewegung ist auf ein anderes Gleis gekommen, als Partei und Gewerkschaften seinerzeit beschlossen haben. Seiner Meinung nach müßten die Gemeindevertreter des Kreises häufiger zusammenkommen, um die gerade während der Kriegszeit wichtigsten kommunalen Fragen zu behandeln, damit ein möglichst einheitliches Handeln erzielt wird.

Neumann-Kentölin widerspricht Klotz hinsichtlich der „Gleichheit“ und der „Neuen Zeit“.

Südemann-Wilmersdorf: Für die Aufklärung der Frauen müsse nach seiner Meinung viel mehr getan werden, besonders in wirtschaftlicher Hinsicht.

Kräger-Köpenick stellt folgenden Antrag: Die Kreisgeneralversammlung von Teltow-Beeskow begrüßt den Beschluß des Parteiausschusses über die Einheit und Geschlossenheit der Partei und verlangt, daß die notwendigen Konsequenzen aus der geschaffenen Sonderorganisation der Opposition ohne Säumen und mit aller Entschiedenheit gezogen werden. Insbesondere wünscht die Generalversammlung, daß auch für eine dementsprechende Befehlshaber der Redaktionen der „Neuen Zeit“ und der „Gleichheit“ gesorgt wird.

Er erucht um einstimmige Annahme des Antrages.

Er halte es für ratsam, wenn die Gemeindevorstandskommission des Kreises öfter zusammentrete. Die kriegswirtschaftlichen Aufgaben der Gemeinden müßten mehr besprochen werden, um die Gemeindevorsetzer besser zu informieren und anzuregen.

Leimhach-Steglitz vertrat die Auffassung, daß die Gemeindevorsetzungen in ihrem Ergebnis im Grunde doch recht mager sind. Die Genossen haben hinreichend Gelegenheit, sich zu informieren.

Gutschmid-Brig: Wenn hier wiederholt die Frage aufgeworfen wurde, wie gepart werden kann, dann bitte er die Frage zu erwägen, die seiner Meinung nach wichtiger sei, wie hohe Einnahmen erzielt werden können. Nach seiner Meinung sei dies durchaus möglich, und zwar durch Gewinnung neuer Mitglieder.

Frau Kühne verlangt, daß der Gewinn und Organisierung der Frauen eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewandt werden solle.

Damit war die Diskussion erschöpft. An Stelle des zurücktretenden Genossen Kagenstein wurde der Genosse Weimann als Leiter der Jugendbewegung in den Vorstand gewählt und an Stelle des Genossen Klotz die Genossen Wachstein-Schöneberg.

Genosse Rob. Schmidt hielt sodann einen Vortrag über das Hilfsdienstgesetz.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Eine Aussprache fand nicht statt.

Ueber den

„Vorwärts“-Lokalität

referierte sodann Gen. Braun. Er gab eine eingehende Schilderung der Verhältnisse, die den Parteivorstand veranlaßten, den „Vorwärts“ wieder zum Zentralorgan zu machen. Seine Darlegungen fanden lebhaften Zustimmung. Besonders als er zum Schluß darauf hinwies, daß die Massen der Berliner Arbeiter dem „Vorwärts“ treugeblieben sind. Den Massen muß die Organisationsfähigkeit, die ihnen durch die Opposition bereitet wurde, wiedergegeben werden.

Der Antrag Krüger wurde einstimmig angenommen.

Zum Schluß wurde noch folgende Abänderung der bestehenden Satzungen beschlossen: Nach § 7 Abs. 3 des Kreisstatuts können denjenigen Mitgliedern, welche länger als 4 Wochen krank oder arbeitslos sind und darüber den Nachweis führen, auf ihren Antrag beitragsfreie Marken gestellt werden. Die Frauen der Kriegsteilnehmer treten in den Genuß derselben Vergünstigung, soweit sie keine Erwerbstätigkeit ausüben, selbst organisiert sind und ihr Ehemann sich bereits 4 Wochen beim Militär befindet.

Aus Groß-Berlin.

Sie wollten Kriegsgewinne machen.

Handbemerkungen zum Fall Kupfer.

Selbst, es passieren jetzt viele Verbrechen, bei denen man zwar mit den Lätzer keinerlei Sympathien hat, aber die geschorenen Opfer gleichwohl nicht im mindesten bemitleidet. Einem Hansler werden die sorgsam aufbewahrten Barren von einem nächtlichen Diebe entführt, — wir schmunzeln nur. Leute, die gern vor anderen ein paar Hund Butter vorans hätten, fallen Butterhändler zum Opfer — ihre Tränen rühren uns nicht. Ein Lebensmittelwucherer wird von einem noch Schlawerer gerupft — es klugst fast nach Gerechtigkeits.

Am allerwenigsten Mitleid empfinden wir mit dem Opfer der Frau Martha Kupfer, die würdig wäre, die deutsche Madame Humbert zu heißen. Sie hat zwar nicht ganz soviel erprobt wie ihre französische Geistesverwandte — immerhin sind 2 1/2 Millionen auch kein Pappenspiel — aber sie hat dafür auch weniger Zeit und Mittel gebraucht.

Madame Humbert schaffte sich einen großen eisernen Kasten an und verbrachte die Mär von der Millionenerbschaft, die darin ruhte (in Wirklichkeit waren es ein paar alte Knöpfe). Und die Dummen, die ihr daraufhin unbegrenzten Kredit gewährten, fanden sich mit, fentweise.

Frau Kupfer verfuhr zeitgemäß. Sie verläudete: „Hier sind Kriegsgewinne zu machen!“ Für „eisernen Kasten“ war ein gefälschter Notariatsvertrag, auf dem Hangvolle Namen als ihre Geldgeber figurierten. Und siehe da: Scharenweise drängten sich die Leute, die Kriegsgewinne einstreichen wollten. Mehr als 10-20.000 M. passierten in kürzester Zeit die Hände der geldgierigen Dame.

Die „Kriegsgewinne“, die Frau Kupfer austeilte, waren freilich noch einfacher erworben, als die auf „rechtlidem“ Wege verdienten. Die Einlagen der später Kommenden mußten dazu herhalten, die Anspitze der Erbschaft zu befriedigen. Und da immer neue Geldgeber Frau Kupfer ihre Kapitalien fast aufdrängten, so ging das eine ganze Zeit. Man wundert sich fast, daß es überhaupt so bald zum Klappen kam. Die Geber der letzten Millionen haben nun das Nachsehen.

Kälteschutz.

Mit Recht ist der Winter einleuchtend. Alles schon seit einigen Jahren strengen Frostes ungewohnt, klagt über die Kälte, obwohl sie sich bisher durchaus in normalen Grenzen gehalten hat.

Wenn trotzdem so viele Leute die Winterkälte, die bei unbewegter Luft und bei Sonnenschein dem Organismus sogar sehr zuträglich ist, wie ein böses Uebel fürchten, so rührt das daher, daß sie entweder überhaupt unrationell leben oder sich ungewöhnlich kleiden.

Bei Temperaturen bis zu 12 oder 15 Grad unter Null genügen unsere gewöhnlichen Winterkleidungsstücke und Kälteschutzmittel im allgemeinen vollauf. Sinkt aber das Thermometer noch tiefer, auf 20 oder gar auf 25 Grad Celsius Kälte, Temperaturen, wie sie in Naturen übrigens in jedem Winter vorkommen, so bedarf es allerdings besonderer Vorkehrungsregeln.

Es ist sehr möglich.

Von Heinrich Scholle.

Gleichviel, mein Sohn, aber es war sehr möglich. Seitdem ich mein Sprichwort habe, nehme ich jede angenehme Stunde wie ein Geschenk des Himmels, ohne es für bleibend zu halten, und überlaßt mich kein Uebel mehr, denn ich bin darauf gefaßt, und weiß, es hört endlich auf.

Wir Menschen alle, fuhr der Staatsrat fort, werden bei unseren wichtigsten und unwichtigsten Vorgehenheiten und Handlungen von einer in dem Augenblick erst schnell aufsteigenden, oft uns selbst fast unbewußten Idee geleitet.

bildet, die die Kälte vom Körper abhält. Bedingung ist auch hierfür, daß die Kleidungsstücke nicht zu eng am Körper anliegen. Das Gleiche gilt für jede Art von Unterwäsche.

Besonders Schutzes bedürfen bei sehr niedrigen Temperaturen die Ohren. Wer gezwungen ist, lange Zeit im Freien zu verweilen, wird geeigneterweise Ohrenkappen anlegen.

Kleines Feuilleton.

Der Mensch mit und ohne Uniform.

Wenn schon nach der Versicherung Goethes im allgemeinen zwei Seelen in unserer Brust wohnen, so scheiden sich diese noch deutlicher von einander, sobald der Mensch Gelegenheit hat, sich abwechselnd in Uniform und ohne diese zu zeigen.

Da meine militärische Laufbahn nur kurz war, auch nichts mit kriegerischen Dingen zu tun hatte, so kann ich mich jetzt, nachdem ich das 45. Lebensjahr überschritten habe, je nach Belieben in Zivil oder Uniform zeigen.

Sowie ich aber meinen schlichten bürgerlichen Mod angehe, ändert sich diese Verfassung augenblicklich. Da mich niemand mehr mit militärischem Schmuck grüßt, fühle ich mich einmüde.

Mit der Stärke und Stetigkeit seines Gemütes hatte es beim Staatsrat Stryl seine volle Wichtigkeit; inzwischen zog ihm sein Sprichwort doch zuweilen auch manchen Verdruß zu, was wenigstens anderen Leuten wohl Verdruß gewesen wäre.

Zum Beispiel war er eines Tages in der Ministerialversammlung, welcher der Kurfürst beizuohnte. Es war zur Zeit des französischen Revolutionstums.

Das ist das schändlichste Volk auf Gottes Erdboden! rief der Kurfürst: Kein anderes Volk könnte das. Denk ich an meine Untertanen — nie, des bin ich gewiß, werden sie von solchem Schwindel ergriffen werden, nie vor einem anderen knebendigen. Halten Sie es für möglich? Was meinen Sie, Stryl?

Der Staatsrat hatte in dem Augenblick an etwas anderes gedacht, die Worte seines Herrn nur halb gehört, und guckte verlegen die Achseln, indem er nach seiner Gewohnheit sagte: Es ist doch sehr möglich!

Der Kurfürst sagte: Wie verstehen Sie das? rief er: Glauben Sie, es werde je ein Augenblick kommen, da meine Untertanen froh sein können, mich verloren zu haben?

Es ist sehr möglich! sagte Stryl mit Besonnenheit: Man kann nichts voraus wissen. Niemand ist unzuverlässiger, als ein Volk; denn das Volk besteht aus Menschen, von denen sich jeder selbst mehr liebt, als den Fürsten.

Sie sind nicht geschick! beriefte der Kurfürst heftig und wandte ihm den Rücken. Stryl fiel in Ungnade. Jedermann sagte damals: Stryl ist ein Narr.

nicht in Uniform steden, dann sollte man betonen daran denken, ihn zu überbrücken. Sonst kann es da mal später zu einem bösen Zusammenstoß kommen."

Der Werdegang des Dörrgemüses.

Die durch die Kriegsumstände bedingten Ernährungsverhältnisse haben bei uns die Gemüselose in einem Grade zu Ehren gebracht, wie ihn selbst die überzeugtesten Vegetarier früher kaum erträumt haben dürften.

Notizen.

John Bull's anderer Insel. Schau's soeben im Lejtingstheater aufgeführte Komödie, ist in der Buchausgabe bei E. Fischer erschienen.

Der Anthropologe C. S. Taylor ist, wie sich jetzt in Deutschland bekannt wird, am 2. Januar in Wellington (England) im Alter von 85 Jahren gestorben.

Der erste weibliche Professor in Holland. Weibliche Universitätsprofessoren sind auch jetzt noch in den europäischen Staaten überaus selten.

Schwedische Elektrizität für Dänemark. Wegen des Mangels an Wasserkraft in Dänemark ist, wie die „Mischau" meldet, zwischen diesem Staate und Schweden ein Abereinstommen getroffen worden, wonach letzteres das Nachbarland mit Elektrizität versorgen wird.

Einige Jahre nachher drangen die Franzosen glücklich über den Rhein. Der Kurfürst mit seinem Hofstaat flüchtete. Man jauchzte Freiheit und Gleichheit hinter ihm her, stellte Freudenfeste und Illuminationen an, und rief die kurfürstlichen Wappen ab.

Stryl, als ein kenntnisvoller, brauchbarer Mann, fand auch unter der neuen Ordnung der Dinge seine Anstellung, und um so mehr, da bekannt genug geworden, weswegen er beim vertriebenen Landesherren in Ungnade gefallen war.

Ungeachtet seines natürlichen Feuers ließ er sich doch nie zur politischen Schwärmerei hinreißen. Er hielt es auch nie mit einer Partei; das mußte ihn jeder Partei verdächtig machen.

Eines Tages kam ein Regierungskommissär in das Departement, dem man, wie sich von selbst versteht, die größten Ehrenbezeugungen erwies.

Die Loren! Oher würde ganz Europa untergehen. Was meinen Sie, Bürger; ist es einem vernünftigen Manne denkbar, daß in Frankreich jemals wieder ein Thron aufgebaut werde?

(Fortf. folgt.)

